

Verfassungsschutz in Hessen

Bericht 1984

Vorwort

Die Verfassung des Landes Hessen und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind aus bitterer historischer Erfahrung und bewußter Abkehr von der nationalsozialistischen Vergangenheit entstanden. Die Unantastbarkeit der Grundrechte in ihrem Wesensgehalt, der unverrückbare und dem Mehrheitszugriff entzogene Kernbereich der Verfassung, aber auch die Entschlossenheit zur Bekämpfung der Gegner der demokratischen Ordnung bringen diesen Willen der Verfassungsgeber zum Ausdruck. Der Kernbereich der Verfassung ist einer Veränderung auch durch Parlamentsbeschlüsse entzogen. Mindestens die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition sind zu diesem unveränderbar garantierten Kernbereich zu zählen.

Die Wahrung dieses Kernbereiches unseres Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung sind eine dauernde Aufgabe für Gesetzgeber, Regierung und Justiz. Die Verwirklichung der Ziele eines freiheitlichen, demokratischen und sozia-

len Rechtsstaates, wie ihn unser Grundgesetz vorgibt, bleibt die Aufgabe aller politischen Kräfte dieses Landes. Der demokratische Dialog und Streit über den richtigen Weg zu diesem Ziel gehört dabei zu den konstituierenden Grundprinzipien unserer demokratischen Ordnung.

Das Grundgesetz sieht aber auch den aktiven Schutz der Verfassung durch Behörden des Bundes und der Länder vor. Es geht hierbei darum zu verhindern, daß je wieder im Schein der Legalität Freiheit zur Abschaffung der Freiheit, des Parlamentarismus und der Demokratie mißbraucht werden kann. Zur Erfüllung dieser Aufgabe sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder – darunter das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen – eingerichtet worden. Diese Behörden sind mit dem nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz betraut. Sie sind im Vorfeld strafrechtlicher und verwaltungsmäßiger Sanktionen bemüht, gegen den Kernbereich unserer demokratischen Ordnung gerichtete Bestrebungen rechtzeitig zu erkennen und der Regierung darüber zu berichten. Der vorgelegte Bericht informiert über diese Tätigkeit. Der Bericht unterstützt insoweit auch die unverzichtbare politische Bildungsarbeit, die ein tragendes Element für den Bestand der demokratischen Gesellschaft ist.

Der Verfassungsschutz ist kein Instrument zur politischen Beschränkung des

pluralistischen Meinungsstreites, der konstituierendes Element unserer demokratischen Ordnung ist. Es ist jedoch Aufgabe des Verfassungsschutzes, gegen den Bestand unseres Grundgesetzes gerichtete Bestrebungen zu erforschen und den demokratischen Bürger in die Lage zu versetzen, selbst erkennen zu können, von welchen Kräften Bestrebungen gegen diesen Kernbereich unserer Verfassung ausgehen und auf welche Weise das geschieht.

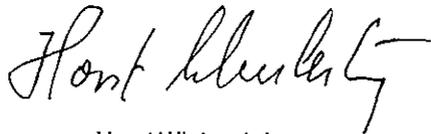
Der Verfassungsschutz kann und will von sachlicher Kritik nicht ausgenommen werden. Für das Verständnis des Verfassungsschutzes wirbt u. a. bereits in jahrelanger Aufklärungsarbeit der «Informativ Verfassungsschutz», ein bei dem Minister des Innern eingerichtetes Referat. In seinem Informationsangebot an die Institutionen der schulischen und außerschulischen Bildung werden Probleme des Verfassungsschutzes und seine Beobachtungserkenntnisse so offen wie möglich zur Diskussion gestellt. Diese Arbeit hat sich bewährt. Es ist zu wünschen, daß noch stärker als bisher auf diese Informationsangebote zurückgegriffen wird.

Der Verfassungsschutzbericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er dient zur Information über die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. Aus seinen Angaben dürfen keinerlei

rechtliche Folgerungen gezogen werden. Dies gilt auch für im Bericht erwähnte Personen.

Nach der Auffassung der hessischen Landesregierung bedeutet eine «streitbare Demokratie» sowohl einen aktiven Einsatz für den Schutz des Kernbereiches unserer Verfassung als auch eine engagierte politische Arbeit für die Verwirklichung der in unserer Verfassung vorgegebenen Ziele. Die hessische Landesregierung setzt bei ihrer Auseinandersetzung mit Gegnern unserer Verfassung in erster Linie auf die Überzeugungskraft politischer Argumente. Auch der vorliegende Verfassungsschutzbericht zeigt erneut, daß es extreme Bestrebungen nur in kleinen Randbereichen der Gesellschaft gibt. Dies beweist, daß selbstbewußtes und rechtsstaatliches Auftreten des demokratischen Staates der aktivste und wirksamste Schutz unserer Verfassung ist. Ebenso bedeutsam ist der kritische demokratische Bürger.

Die Landesregierung sieht die Tätigkeit des Verfassungsschutzes nach wie vor als eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe an. In ihrem Namen spreche ich allen Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen, auf deren Arbeit dieser Bericht beruht, für ihre schwierige Tätigkeit besonderen Dank und Anerkennung aus.



Horst Winterstein
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz.	7
Parlamentarische Kontrolle	7
 Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen	 8
Informativer Verfassungsschutz	9
 Rechtsextreme Bestrebungen	 11
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	11
Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)	11
Junge Nationaldemokraten (JN)	12
Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen	12
Deutsche Volksunion (DVU)	12
Wiking-Jugend (WJ)	13
Vereinigung für gesamtdeutsche Neutralität (VGN)	13
Neonazistische Bestrebungen	14
Leserkreise ehemaliger Angehöriger der verbotenen Aktions- front Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)	14
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	15
Flucht Kühnens in das Ausland.	16
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	16
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)	17
NS-Treffpunkt Curt Müller, Mainz	17
Nationale Front/Bewegung des arbeitenden Volkes (NF/BdaV)	18
Rechtsextremer Terrorismus	18
Neonazistische Ausschreitungen	19
Strafurteile gegen Rechtsextremisten	19
Beurteilung	21
 Linksextreme Bestrebungen	 22
Orthodoxer Kommunismus	22

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	22
Nebenorganisationen der DKP	26
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB).....	26
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	27
Junge Pioniere (JP).....	28
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF).....	28
Marxistische Arbeiterbildung (MAB)	29
DKP-beeinflußte Organisationen	29
Deutsche Friedensunion (DFU)	29
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ).....	30
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA).....	30
Demokratische Fraueninitiative (DFI)	31
Neue Linke	31
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	31
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)	32
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW).....	33
Kommunistischer Bund (KB)	33
Trotzkistische Gruppen.....	33
Autonome und anarchistische Gruppen	33
Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen	35
Linksextremer Terrorismus	35
Rote Armee Fraktion (RAF)	35
Revolutionäre Zellen (RZ)	37
Sonstige terroristische Aktionen.....	37
Beurteilung	37
Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern	39
Türken	39
Iraner	40
Palästinenser	41
Jugoslawen	41
Beurteilung	41
Spionageabwehr	43
Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten	43
Werbungsanlässe und -methodik	43
Führungsmethodik	45
Beurteilung	45

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ...

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
- 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213)

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (061 21) 7 78 21 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

- Abteilung Z – Verwaltung
- Abteilung I – Zentrale Fachfragen,
Nachrichtendienstliches
Informationssystem (NADIS),
Auswertung Rechtsextremismus,
Auswertung Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern

- Abteilung II – Beschaffung
- Abteilung III – Auswertung Linksextremismus
und Terrorismus

- Abteilung IV – Spionageabwehr
- Abteilung V – Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst
Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
 - Verfassungsschutz und politische Bildung, gemeinsame Lernziele
 - Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität
Deutungsversuche an praktischen Beispielen

- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Strategie und Taktik der prosovjetschen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik
Einwirkungsversuche auf Umweltschutz- und Friedensbewegungen
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen
- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus
Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit

Rechtsextreme Bestrebungen

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Auf ihrem 18. ordentlichen Bundespartei-tag am 3./4. November in München beging die *NPD* ihr 20jähriges Bestehen. In seiner Rede hob der Parteivorsitzende, Martin Mußnug, die Erfolge bei der *Europawahl* am 17. Juni und bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 28. Oktober hervor. Er erklärte, die *Partei befinde sich wieder «im Aufwind»*.

Die *NPD* konnte 1984 die Abgänge durch die Neuaufnahmen ersetzen, ihren Mitgliederbestand verjüngen und in Teilbereichen sogar vergrößern. Der Mitgliederbestand hat sich bundesweit geringfügig auf etwas über 6.000 Personen erhöht.

Anlässlich der *Europawahl* am 17. Juni bestimmten die Parolen «Ein Herz für Deutschland», «Zahmeister für Europa» und «Ausländerstopp» den Wahlkampf der Partei. Das *NPD*-Organ *Deutsche Stimme* wurde als Sonderausgabe mit der Überschrift «Am 17. Juni 1984 ist Wahltag. Es geht um eine neue Politik für Deutschland» in einer Auflage von 500.000 Exemplaren herausgegeben. Die Partei erhielt 198.633 Stimmen (= 0,8 v.H.). Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 hatte sie nur 91.095 Stimmen (= 0,2 v. H.) errungen. Sie erreichte damit ihr Wahlziel, mindestens 0,5 v. H. der Stimmen zu erlangen. Auf diese Weise kam sie auch in den Genuß der Wahlkampfkostenersatzung. Die Partei beschloß, mit den etwa 1,8 Millionen DM vor allem Schulden aus früheren Wahlkämpfen zu begleichen.

In Hessen entfielen auf die *NPD* insgesamt 24.179 Stimmen (= 1,0 v. H.). Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983

hatte sie lediglich 9.001 Stimmen (= 0,25 v. H.) erhalten. Die 20 *NPD*-Kreisverbände in Hessen erzielten Anteile zwischen 0,5 Prozent und 1,7 Prozent der gültigen Stimmen. Im Wahlkreis Wetterau erreichte die *NPD* mit 1,7 v. H. ihr höchstes Wahlergebnis. Es folgten die Wahlkreise Frankfurt am Main mit 1,4 v. H., Lahn-Dill und Bad Hersfeld-Rotenburg mit je 1,3 v. H.

Dem Landesverband Hessen gehören in 20 Kreisverbänden etwa 600 Mitglieder an. An seiner Spitze steht seit vielen Jahren Erich Gutjahr aus Frankfurt am Main.

Am 17. März fand in Frankfurt am Main der 14. ordentliche Landespartei-tag mit etwa 100 Teilnehmern statt. Das Verwaltungsgericht hatte wie im Vorjahr die Stadt verpflichtet, der *NPD* das Tagungslokal zur Verfügung zu stellen. In seiner Nähe protestierten etwa 200 Personen gegen die Veranstaltung. Nur die Hälfte der *NPD*-Kreisverbände führte regelmäßig Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen und Diskussionsrunden durch. In einigen Städten wurden Publikationen und Flugblätter verteilt und Informationsstände betrieben. Der Landesverband Hessen unterstützte seit Anfang September an Wochenenden die saarländische *NPD* bei deren Wahlkampf für die kommende Landtagswahl. Das Engagement der Mitglieder war allerdings gering.

Die *NPD* hält weiterhin an der Abgrenzung zu den neonazistischen Gruppierungen fest. Das wurde durch den bereits 1983 eingeleiteten Ausschluß des Kreisvorsitzenden des Lahn-Dill-Kreises deutlich. Er hatte das Auftreten von Angehörigen der inzwischen verbotenen *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* bei einer *NPD*-Veranstaltung geduldet.

Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)

Die 1982 von *NPD*-Mitgliedern mit dem – nicht verwirklichten – Ziel einer *Wahlbe-*

teilung gegründete HLA hat etwa 80 Mitglieder. In ihren monatlich erscheinenden Mitteilungsblättern *Die Parole* stellte sie als Ziele der Vereinigung heraus «Die Flut von Scheinasylanten muß wirksam gestoppt werden», «Ausweisung illegaler und krimineller Ausländer», «Kulturerhalt. Keine Einschmelzung ('Integration') der Ausländer in das Deutsche Volk».

Eine für den 5. Juni in Wiesbaden geplante nichtöffentliche Versammlung der HLA fiel aus, weil Demonstranten den Versammlungsort besetzt hielten und die Zusammenkunft verhinderten.

Die HLA hat offensichtlich nicht die Resonanz gefunden, die bei ihrer Gründung erwartet worden war.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die *Jungen Nationaldemokraten*, die Jugendorganisation der NPD, haben bundesweit etwa 550 Mitglieder. Es ist ihnen auch 1984 gelungen, den Mitgliederbestand zu halten (Vergleichszahlen: 1980: 1.000; 1981: 750; 1982: 500; 1983: 500–550 Mitglieder).

Am 13./14. Oktober hielten sie in Darmstadt ihren 13. ordentlichen Bundeskongreß ab, an dem etwa 150 Personen teilnahmen. Dem Kongreß war eine Kundgebung mit radikalen Parolen in Bensheim vorangegangen. Politische Gegner demonstrierten gegen die Veranstaltungen. Die Polizei mußte Ausschreitungen verhindern.

In Frankfurt am Main und anderen Orten des Bundesgebietes führten die JN am 11. August kleinere Kundgebungen zum Jahrestag des *Berliner Mauerbaus* 1961 ohne Publikumsresonanz durch.

Die erstmalig im März 1983 erschienene Zeitschrift *Mauerspringer* stellte im Dezember aus organisatorischen und per-

sonellen Gründen ihr Erscheinen ein. Der *Mauerspringer* hatte die JN-Publikation *Junge Stimme* ablösen sollen, die weiter publiziert wird.

Der hessische Landesverband der JN mit nur noch wenigen aktiven Kreisorganisationen und seinem Vorsitzenden Ludwig Palm aus Leun hat etwa 70 Mitglieder. Er beschränkte seine Aktivitäten im wesentlichen auf Versammlungen, das Betreiben von Informationsständen, Flugblattverteilungen und die Unterstützung der NPD beim Wahlkampf zur *Europawahl*. Die im Januar vom Kreisverband Frankfurt am Main erstmals herausgegebene Schülerzeitschrift *JN-Rebell* wird seit August als Organ des Landesverbandes veröffentlicht.

Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen

Deutsche Volksunion (DVU)

Die 1971 gegründete DVU wurde von dem Herausgeber der rechtsextremen Zeitungen *Deutsche Nationalzeitung* und *Deutscher Anzeiger*, Dr. Gerhard Frey, ins Leben gerufen.

Die DVU hat zusammen mit ihren Aktionsgemeinschaften

Volksbewegung für Generalamnestie

(VOGA),

Initiative für Ausländerbegrenzung

(I.f.A.),

Aktion Deutsches Radio und Fernsehen

(ARF),

Ehrenbund Rudel (ER),

Aktion deutsche Einheit (AKON) und

Schutzbund für Leben und Umwelt

(seit Jahreswechsel 1984/85)

bundesweit nominell etwa 12.000 Mitglieder und ist damit noch immer **die**

zahlenmäßig größte rechtsextreme Organisation. (Die Mitglieder der Aktionsgemeinschaften werden kraft Satzung gleichzeitig Mitglieder der DVU, ohne daß ihnen dies immer bewußt wird).

Eine Sonderstellung unter den Aktionsgemeinschaften nimmt die *Aktion deutsche Einheit (AKON)* ein; sie ist eingetragener Verein, entstanden 1982 als *Aktion Oder-Neiße*.

Die Mitgliederzahlen in Hessen dürften etwa dem Bundesdurchschnitt entsprechen.

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe mit dem britischen Publizisten Irving zum Thema «Das Geheimnis um Rudolf Hess» fand am 9. April ein Vortrag vor etwa 250 Teilnehmern in Kassel statt. Eine ähnliche Veranstaltung am 21. Juni in Fulda besuchten etwa 100 Personen.

Wiking-Jugend (WJ)

Die *Wiking-Jugend* ist mit bundesweit etwa 460 Mitgliedern die stärkste nicht an eine Partei gebundene rechtsextreme Jugendorganisation. Sie sieht sich in der Tradition der *Hitler-Jugend*, die sie als «die größte einheitliche, von einem ungeheuren Idealismus getragene Jugendbewegung aller Zeiten» feiert (*Wiking* 4/82, S. 8). Die *WJ* zeigt in Teilbereichen unverkennbare neonazistische und gewaltorientierte Tendenzen. Dies wurde insbesondere dadurch deutlich, als sie wiederholt zuließ, daß Mitglieder der verbotenen *Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* an ihren Veranstaltungen teilnahmen.

Die Mitgliederzahl in Hessen beträgt etwa 50.

Ein für den 8. bis 11. Juni geplantes Pfingstlager der *WJ* in Hilders/Rhön wur-

de abgesagt und nach Unterfranken verlegt. Dort fanden sich etwa 200 Mitglieder ein, unter ihnen als Gäste belgische und niederländische Gesinnungsgenossen.

Das Sommerlager der *WJ* fand mit etwa 50 Teilnehmern in der Zeit vom 19. Juli bis 18. August in Herleshäusern statt. Ihr jährliches Winterlager wurde um die Jahreswende zum wiederholten Male in Hilders/Rhön veranstaltet. Eine Kundgebung mit etwa 150 *WJ*-Mitgliedern auf dem dortigen Marktplatz am Silvestertag führte zu lautstarken Protesten. Die Polizei mußte Handgreiflichkeiten verhindern. Ein Aktionskomitee *Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg* hatte am gleichen Tag in Hilders eine Demonstration gegen die *WJ* geplant, sie aber kurzfristig abgesagt und nach Fulda verlegt. Trotzdem kam es dort zu massiven Störungen durch Angehörige der verbotenen *ANS/NA*, die von der *WJ* um Verstärkung und Unterstützung gebeten worden waren.

Vereinigung für gesamtdeutsche Neutralität (VGN)

Die nationalistisch-neutralistische ausgerichtete *VGN* wurde Ende 1980 gegründet. Die Mitglieder sind überwiegend ehemalige *NPD*-Angehörige und frühere *Junge Nationaldemokraten*. Sitz der Organisation ist Wiesbaden. Sie hat bundesweit etwa 100, in Hessen etwa 30 Mitglieder. Die Aktivitäten der *VGN* in Hessen beschränkten sich im wesentlichen auf das Betreiben von Informationsständen im Frankfurter und Darmstädter Raum.

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der *VGN* und der in Nordrhein-Westfalen beheimateten *Vereinigung für gesamtdeutsche überparteiliche Politik (VDNV)* am 7. Oktober in Taunusstein wurde der Zusammenschluß beider Organisationen unter dem Namen *Verei-*

nigung für gesamtdeutsche Politik (VGP) vereinbart.

Neonazistische Bestrebungen

Leserkreise ehemaliger Angehöriger der verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)

Mit Verfügung vom 24. November 1983 verbot der Bundesminister des Innern die neonazistische ANS/NA mit ihren Teilorganisationen *Aktion Ausländerrückführung, Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung (AAR)* und *Freundeskreis Deutsche Politik (FK)*.

Die ANS/NA war am 15. Januar 1983 in Frankfurt am Main durch den Zusammenschluß der seit 1977 von Michael Kühnen geleiteten ANS und der erstmals im Herbst 1982 in Hessen unter Führung von Arnd Heinz Marx und Thomas Brehl aufgetretenen NA entstanden. Als politische Ziele verkündete die Vereinigung im sogenannten *Frankfurter Appell*:

- Aufhebung des NS-Verbetes,
- Ausländerrückführung,
- Lebens- und Umweltschutz,
- Kulturrevolution gegen den Amerikanismus,
- Kampf für ein unabhängiges, sozialistisches Großdeutschland.

Die AAR, deren Gründung am 26. Juni 1983 in Mainz erfolgt war, beteiligte sich als «parteilichter Arm der ANS/NA» am 25. September 1983 in einigen Wahlkreisen an der Wahl zum Hessischen Landtag. Ihre politischen Ziele waren sowohl der Form als auch dem Inhalt nach identisch mit dem *Frankfurter Appell* der ANS/NA.

Der FK wurde im März 1983 als Untergliederung der ANS/NA gegründet. Er hatte die Aufgabe, «Kameraden, die aus Alters-

und/oder Berufsgründen nicht als Nationale Aktivisten in Erscheinung treten können oder wollen», zu organisieren und Spendengelder für die politische Arbeit der ANS/NA zu sammeln.

Im Januar erhoben die ANS/NA, die AAR und der FK beim Bundesverwaltungsgericht Anfechtungsklage gegen die Verbotsverfügung. Den gleichzeitig mit dieser Klage gestellten Antrag der AAR auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung lehnte das Bundesverwaltungsgericht am 3. Februar ab.

Die Führung der ANS/NA zeigte sich zunächst unbeeindruckt: Unmittelbar nach dem Vollzug der Verbotsverfügung setzte Kühnen die Herausgabe der bisher für den ANS/NA-Führungskader bestimmten Schrift *Das Korps* unter dem neuen Namen *Die Kameradschaft* fort und gab anstelle der bis dahin an die Mitglieder und sonstigen Anhänger verteilten Schrift *Die Innere Front* den Rundbrief *Die Neue Front* heraus.

Das Auseinanderfallen der Anhänger-schaft sollte durch die Gründung sogenannter «örtlicher Leserkreise der Neuen Front» verhindert werden. Bei diesen Leserkreisen handelte es sich fast ausschließlich um ehemalige ANS/NA-Kameradschaften oder -Stützpunkte. Die früheren Mitglieder der *Kameradschaft* in Frankfurt am Main nannten sich zum Beispiel *Frankfurter Freundeskreis Germania (FK-Germania)*. In Hessen gab es Leserkreise in Frankfurt am Main, Fulda, Marburg/Biedenkopf, Dillenburg und Rüsselsheim. Ein neuer Zusammenschluß früherer ANS/NA-Gefolgsleute entstand im Februar unter der Bezeichnung *Nationale Volksfront*, als sich die Mitglieder des Leserkreises in Rüsselsheim mit denen aus Mainz vereinten. Dagegen opponierte der FK-Germania, der um seinen Führungsanspruch im Rhein-Main-Gebiet fürchtete.

Als «Plattform der nationalsozialistischen Frau» war die *Deutsche Frauenfront (DFF)* gedacht, die die *ANS/NA*-Anhänger am 21. Januar in Rüsselsheim parallel zu den *Leserkreisen* entstehen lassen wollten. Die Polizei löste die Veranstaltung, an der sich auch Michael Kühnen beteiligte, wegen Verdachts der Fortsetzung von Bestrebungen der verbotenen *ANS/NA* auf. Die Teilnehmer wurden vorläufig festgenommen. Die *DFF* blieb inaktiv.

Auf Dauer bewirkten sowohl das Verbot der *ANS/NA* als auch das konsequente Durchgreifen von Polizei und Strafverfolgungsbehörden, daß einerseits die Auftritte in der Öffentlichkeit unterblieben und andererseits im Laufe des Jahres sich die Zahl der weiterhin politisch aktiven Anhänger bundesweit von 270 auf 190 verringerte. Die Zahl der in Hessen wohnenden Aktivisten ging von 70 auf etwa 55 zurück.

Die weiterhin aktiven ehemaligen Anhänger der verbotenen *ANS/NA* agitierten nach wie vor heftig gegen Ausländer. Dabei verband sich oft Ausländerfeindlichkeit mit Antisemitismus. So wurde in einem Artikel in der Broschüre *Die Neue Front*, Nr. 12, die Anhängerschaft aufgefordert, sich Gedanken über die «Reinerhaltung der Rasse» zu machen, denn so sei «der Befehl zu verstehen, den Adolf Hitler in seinem politischen Testament am 29. April 1945 an die deutsche Nation ausgegeben hat». Zunehmend verwendeten die Gefolgsleute Kühnens auch Aufkleber und Flugblätter, in denen in abstoßender Weise Ausländer geschmäht und bedroht wurden.

ANS/NA-Mitglieder verfügten auch nach dem Verbot über vielfältige Verbindungen in den übrigen rechtsextremen Bereich. Hervorzuheben sind hier die Kontakte zur *Wiking-Jugend (WJ)*, die sich u. a. in der Beteiligung an deren «traditioneller Sylvesterkundgebung» zum Jahres-

wechsel 1984/85 in Hilders zeigten. Auch zu Gleichgesinnten im Ausland, vor allem in Belgien, Frankreich, Spanien, Österreich und in den Niederlanden, unterhielten sie Beziehungen.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Auf der Suche nach Möglichkeiten, trotz des Verbotes die eigenen Ideen auf einer organisierten Basis weiterhin verbreiten zu können, fanden Kühnen und seine Anhänger Interesse an der 1979 in Baden-Württemberg gegründeten und sowohl zahlenmäßig als auch politisch völlig unbedeutenden *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*. Sie versuchten die *FAP* zu unterwandern und nach den Vorstellungen der *ANS/NA* inhaltlich und organisatorisch zu verändern, da in den Zielen kaum Übereinstimmung bestand. Dieser Umstand kam der Verschleierung der eigentlichen Absichten entgegen. Kühnen sah in der *FAP* zwar «keine nationalsozialistische Bewegung», beurteilte sie aber als Zusammenschluß, der «keine Berührungspunkte gegenüber erklärten Nationalsozialisten» habe.

Schon im Februar wurde ein *FAP*-Landesverband Nordrhein-Westfalen gegründet. Bei den Kommunalwahlen am 30. Oktober erhielten fünf *FAP*-Kandidaten insgesamt 120 Stimmen. Die Bildung weiterer Untergliederungen der *FAP* stieß auf Schwierigkeiten. Die Gründungen des Landesverbandes Niedersachsen am 28. Juli in Hannover und in Hessen des Kreisverbandes Lahn/Dill am 19. Mai in Dillenburg konnten wegen massiver Demonstrationen nicht durchgeführt werden. Sie wurden nachträglich als vollzogen erklärt. Auch die Gründungsversammlung des Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf konnte wegen einer Demonstration nur unter konspirativen Umständen auf dem abgelegenen Grund-

stück eines Rechtsextremisten stattfinden. Lediglich der Kreisverband Frankfurt am Main wurde am 21. Juli in einem Wald bei Bad Vilbel gegründet.

Am 5. Oktober beschlossen die Angehörigen des *FK-Germania* unter dem Namen *FAP* zur Kommunalwahl in Frankfurt am Main anzutreten. Als Spitzenkandidaten stellten sie den ehemaligen Vorsitzenden des *Freundeskreises Deutsche Politik (FK)*, Otto Riehs, auf. Das ursprüngliche Vorhaben, auch in Rüsselsheim, Neu-Isenburg und Dietzenbach zu kandidieren, wurde fallengelassen, um sich ganz auf Frankfurt am Main konzentrieren zu können. Bei der Kommunalwahl am 10. März 1985 erhielt die *FAP* dort 322 Stimmen.

Wiederholt, aber offenbar vergeblich, appellierte der *FAP*-Bundesvorsitzende Martin Pape mit Hilfe seiner im Eigenverlag herausgegebenen Zeitung *Deutscher Standpunkt* an die *FAP*-Anhängerschaft, «sich unbedingt an das Aktionsprogramm der *FAP* zu halten» Es sei falsch, «überspannten radikalen Thesen zu folgen». Sie zögen «kurzfristig das Verbot» nach sich.

Zusätzlich zu den Bemühungen um die *FAP* erfand Kühnen im Februar gleichsam als organisatorische Hilfskonstruktion die *Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei*. Sie hat nach seinen Vorstellungen Informations- und Propagandamaterial zu publizieren, um dadurch «alle politischen Bestrebungen» zum «Aufbau einer Deutschen Arbeiterpartei» zu fördern.

Flucht Kühnens in das Ausland

Michael Kühnen, dem wegen seiner neonazistischen Agitation mehrere Strafverfahren drohten, reiste am 19. März in die Schweiz aus. Von dort gelangte er über Italien nach Frankreich, wo er sich versteckt hielt. Sein Verschwinden löste

unter den Anhängern anfangs Enttäuschung aus, wurde aber später als notwendige Konsequenz auf die zu erwartenden Strafverfahren toleriert. Mit *Briefen aus dem Exil*, veröffentlicht in der *Neuen Front*, versuchte Kühnen, die Bindung seiner Gefolgsleute aufrechtzuerhalten. Er schilderte darin seine Bemühungen um die «Gründung einer einheitlichen europäischen *NS-Bewegung*». Ab Mai verbreitete er die Schrift *Unser Europa*. Mit ihr wollte er «als Organisationsleiter der *Auslands-ANS*» die «deutsche Stimme der europäischen Revolution des Nationalsozialismus» laut werden lassen.

Während er sich bei französischen Neonazis versteckt hielt, gelang es ihm, das Interesse des deutschen Fernsehens und deutscher Presseorgane auf sich zu lenken. Seine Selbstdarstellung in den Medien rief bei seiner Anhängerschaft Begeisterung hervor und wirkte zumindest vorübergehend ihrem Zerfall entgegen. Am 4. Oktober wurde Kühnen von Frankreich in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben und hier festgenommen. Während seines Aufenthaltes im Ausland und nach seiner Festnahme ist die Leitung der «Gesinnungsgemeinschaft» an Thomas Brehl aus Fulda übergegangen, dessen Führungs- und Integrationskraft Kühnen jedoch offensichtlich überschätzt hatte.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Nach längeren heftigen Auseinandersetzungen um die *HNG*-Führungsposition wurde am 25. Februar der Initiator und seit der Gründung im Jahre 1979 als Vorsitzender fungierende Henry Beier aus Frankfurt am Main von dem ehemaligen Mitglied der verbotenen *ANS/NA* Christa Goerth aus Bielefeld abgelöst. Die Verantwortung für die monatlich erscheinende Schrift *Nachrichten der HNG* wurde dem

ehemaligen ANS/NA-Funktionär Christian Worch aus Hamburg übertragen. Dadurch und auf Grund des Eintritts vieler Anhänger der ANS/NA in die HNG geriet diese fast vollständig unter den neuen Einfluß. Beier blieb zunächst noch Ehrenvorsitzender, wurde aber im November auch von diesem Amt abgewählt.

Die Staatsanwaltschaft Dortmund leitete im November gegen Vorstandsmitglieder der HNG ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz ein. Sie ist der Auffassung, daß die HNG «spätestens seit Anfang 1984 als Organisation angesehen werden muß, die die seit dem 7. Dezember 1983 verbotene ANS/NA organisatorisch – zumindest teilweise – fortführt».

Die HNG ist eine Art Sammelbecken für Neonazis. Sie verfügt über einen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangenen Kreis von rund 300 Anhängern, die zum großen Teil auch in anderen neonazistischen Gruppen organisiert sind. Etwa 200 Personen sind als Mitglieder (in Hessen ungefähr 50) im engeren Sinne anzusehen. Die HNG ist damit weiterhin die mitgliederstärkste neonazistische Organisation im Bundesgebiet.

Die Vereinigung unterhält enge Verbindungen zu zahlreichen Neonazis auch im Ausland, insbesondere zu Schwesterorganisationen in Frankreich und Belgien. Sie betreute zum Jahresende etwa 30 deutsche und ausländische Neonazis bzw. rechtsextreme Terroristen.

Die HNG zeichnete auch verantwortlich für eine Plakataktion im April in mehreren Bundesländern. Im hessischen Bereich wurden dabei in den Städten Frankfurt am Main, Fulda, Rüsselsheim und Dreieich Plakate mit der Überschrift «Das nationale Deutschland grüßt Rudolf Hess zu seinem 90. Geburtstag» geklebt. Daran waren besonders ehemalige Anhänger der

verbotenen ANS/NA beteiligt. Ansonsten stagniert zumindest in Hessen die Tätigkeit der HNG. Erwähnenswert ist lediglich eine Mitgliederversammlung am 24. November in Kassel, an der etwa 120 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen.

Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)

Die 1971 von dem ehemaligen Rechtsanwalt Roeder und einigen Gesinnungsgenossen gegründete DBI hat nach dessen Inhaftierung (1980) und Verurteilung (1982) stetig an Bedeutung verloren. Roeders Frau versuchte die Verbindungen zu alten Freunden aufrechtzuerhalten und die Kontakte auszubauen. In der Haft verfaßt Roeder die monatlich erscheinenden Rundbriefe der Europäischen Freiheitsbewegung und seit März den Fackelträger für Freiheit, Recht und Ehre – Hilfswerk Manfred Roeder. Diese Schriften werden von seiner Frau in Druck gegeben und verbreitet. In diesem Zusammenhang wurde im Herbst ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und die Einziehung und Beschlagnahme des 43. und 45. Rundbriefes angeordnet. Die sichergestellten neonazistischen Materialien zeigen, daß sich Roeder nicht vom NS-Gedankengut gelöst hat und weiter gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und das parlamentarische System agitiert.

NS-Treffpunkt Curt Müller, Mainz

Das Gärtnereianwesen der Familie Müller in Mainz diente nach wie vor rechtsextremen Aktivisten und Kadern des In- und Auslandes, insbesondere aber Neonazis aus dem hessischen Bereich, als Treffpunkt und Kontaktstelle. Während die früher üblichen Stammtischtreffen eingestellt wurden, fanden sich zu den Sonnwend- und Führergeburtstagsfestern weiterhin bis zu 160 Teilnehmern ein, darunter

zahlreiche Anhänger der verbotenen ANS/NA. Bei einer Durchsuchung des Anwesens am 21. April wurden zahlreiche neonazistische Propagandamaterialien sichergestellt.

Nationale Front/Bewegung des arbeitenden Volkes (NF/BdaV)

Der wegen Sprengstoffanschlägen auf Personenkraftwagen türkischer Gastarbeiter zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilte Waldemar Pfeffer gründete nach seiner Haftentlassung im April 1984 in Kassel die *Nationale Front/Bewegung des arbeitenden Volkes (NF/BdaV)*. Die Gruppe versteht sich nach eigenen Angaben als «unabhängige antikapitalistische, antifaschistische, sozialrevolutionäre Bewegung». Der von Pfeffer propagierte «nationalrevolutionäre» Kampf richtet sich in erster Linie gegen das «herrschende System» und den «US-Imperialismus». Die NF/BdaV sieht sich in der Nachfolge der Ideen Strassers und Röhms und versteht sich als Gegenbewegung zur verbotenen ANS/NA. Das monatlich erscheinende Publikationsorgan *Der Idealist* und Flugblätter der NF/BdaV wurden in der zweiten Jahreshälfte im Stadtgebiet Kassel in relativ hoher Auflage verteilt.

Rechtsextremer Terrorismus

Die Neonazis Walther Kexel und vier weitere Mitglieder der unter dem Namen Hepp/Kexel bekannt gewordenen Gruppe wurden Anfang 1985 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main angeklagt. Sie wurden beschuldigt, als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung unter wechselnder Beteiligung im Jahre 1982 an drei Mordanschlägen auf amerikanische Soldaten und fünf bewaffneten Banküberfällen mit einer Gesamtbeute

von 630.000 DM beteiligt gewesen zu sein. Das Oberlandesgericht in Frankfurt am Main verurteilte Kexel am 15. März 1985 zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren. Die übrigen Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen zwischen sieben und zehn Jahren. Ein Angeklagter wurde zu fünf Jahren Jugendstrafe verurteilt. Kexel beging kurz nach seiner Verurteilung Selbstmord.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt u. a. gegen den Anfang April 1985 in Paris festgenommenen Hepp auch wegen des Verdachts, zusammen mit Kexel am 31. Juli 1982 einen Sprengstoffanschlag auf den Flughafen München-Riem und am 27. September 1982 Anschläge auf mehrere Reisebüros in Frankfurt am Main verübt zu haben. In München wurden acht Personen zum Teil schwer verletzt, in Frankfurt am Main kam eine Person ums Leben.

Das Landgericht Wien verurteilte am 2. April den deutschen Neonazi Ekkehard Weil und acht österreichische Gesinnungsgenossen wegen Sprengstoffverbrechen zu Haftstrafen zwischen drei Monaten und fünf Jahren. Weil erhielt mit fünf Jahren die Höchststrafe, insbesondere wegen zweier Sprengstoffanschläge auf jüdische Geschäftshäuser in Wien und Salzburg im Sommer 1982.

Bis zur Festnahme der Attentäter hatten einzelne Neonazis aus Hessen Verbindungen zu der Gruppe um Weil unterhalten. In der in Frankfurt am Main herausgegebenen rechtsextremen Broschüre *Wille und Weg* vom Oktober wurde Weil als Märtyrer gepriesen und gleichzeitig ein «Appell an alle Kameraden» gerichtet, in den Untergrund zu gehen.

Unbekannte Täter drangen um die Jahreswende 1984/85 in den Rohbau eines Notkrankenhauses in Kassel ein und richteten Sachschäden in Höhe von 120.000 DM an. Große Teile der Elektro- und Wasserinstallation wurden zer-

stört. Die Wände waren mit rechtsextremen Parolen beschmiert. Der Tat bezichtigte sich eine *Deutsche Befreiungsarmee vom ausländischen Terror*, die im Zusammenhang mit Drohbriefen gegen Ausländer schon Mitte des Jahres in Kassel für Aufsehen gesorgt hatte.

Neonazistische Ausschreitungen

Die Zahl der erfaßten Ausschreitungen mit rechtsextremer Motivation hat sich mit 166 Schmier- und Störaktionen sowie neonazistischen oder antisemitischen Drohungen gegenüber dem Vorjahr (211) verringert. Ziele der Aktionen waren jüdische Mitbürger, Ausländer, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Presseorgane und Wirtschaftsunternehmen. Regionale Schwerpunkte bildeten Frankfurt am Main und Umgebung (70), Fulda (21) und Kassel (18). Unter anderem wurden folgende Parolen verwendet: «Ausländer raus – bevor der Volkszorn erwacht», «Wir sind Fans von Adolf Hitler», «Freiheit für Michael Kühnen».

Beispiele sind folgende Vorfälle:

Unbekannte Täter setzten am 5. Februar einen türkischen Laden in Frankfurt am Main in Brand. In der Umgebung des Brandortes fand sich eine Schmierschrift «Ausländer raus».

In der Nacht zum 25. Februar wurden im Stadtgebiet von Kassel an mehreren Objekten *NS-Symbole*, *Hakenkreuze* und der Schriftzug «Ausländer raus, Sieg Heil» angebracht.

Ein türkischer Arbeiter aus Idstein erhielt am 16. April mit der Post eine Trauerkarte, in der eine *Aktion ausländerfreies Deutschland* drohte: «Verschwindet hier . . . sonst gibts was.»

In der Zeit zwischen dem 21. und 24. Sep-

tember wurde in die Geschäftsräume des Ortsverbandes der Partei *Die Grünen* in Schwalmstadt eingebrochen. Die unbekanntenen Täter schmierten ein *Hakenkreuz* und die Worte «Grüne» und «Sieg Heil».

Im Dezember wurde in Kirchhain im Zuge einer Sprühaktion u. a. der jüdische Friedhof mit rechtsextremen, antisemitischen Parolen und Symbolen besudelt.

Strafurteile gegen Rechtsextremisten

Außer den auf Seite 18 erwähnten Strafurteilen gegen rechtsextreme Terroristen erfolgten weitere Verurteilungen rechtsextremer Täter.

Einige Strafverfahren richteten sich gegen ehemalige Angehörige der verbotenen *ANS/NA*. Die Vorwürfe gründeten sich überwiegend auf die Tatbestände der Volksverhetzung, des Verbreitens von Propagandamitteln und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Das Landgericht Frankfurt am Main verurteilte am 18. April acht ehemalige Angehörige der *ANS/NA-Kameradschaften* Frankfurt am Main und Hanau wegen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, Freiheitsberaubung und Bedrohung zum Nachteil eines ehemaligen Gesinnungsgenossen. Das Gericht ahndete die begangenen Straftaten mit Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren und drei Monaten sowie Geldstrafen bzw. Zuchtmitteln nach dem Jugendstrafrecht. Eine Freiheitsstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Die Verurteilten und im Zuhörerraum anwesende Neonazis quittierten das Urteil mit massiven Verunglimpfungen des Gerichts.

Am 14. Juni wurde ein ehemaliges *ANS/NA*-Mitglied vom Landgericht Frankfurt am Main zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Es hatte 1982 neo-

nazistisches Propagandamaterial hergestellt und verbreitet. Auch dieser Prozeß wurde von Gesinnungsgenossen massiv gestört. Am 20. September verurteilte das gleiche Gericht vier Aktivisten der verbotenen ANS/NA wegen Verteilens und Vorrätighaltens von neonazistischem Propagandamaterial zu Freiheitsstrafen bzw. zu Geldstrafen. Die Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Von November 1984 bis Januar 1985 verhandelte das Landgericht Frankfurt am Main gegen Michael Kühnen und einen seiner Gesinnungsfreunde wegen Verbreitens von NS-Propagandamitteln und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die Angeklagten und ihr Anhang versuchten, den Prozeß für neonazistische Agitationen auszunützen. Auch in diesem Fall wurden Mitglieder des Gerichts teilweise in übler Form bedroht. In seinem Schlußwort deutete Kühnen die Möglichkeit an, daß seine Gefolgsleute in den Untergrund gehen und damit unberechenbar werden könnten, falls er verurteilt werde. Kühnen erhielt eine Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten, sein Gesinnungsgenosse von zwei Jahren und sechs Monaten. Außerdem wurde Kühnen das aktive und passive Wahlrecht sowie die Amtsfähigkeit für fünf, dem Mitangeklagten für drei Jahre aberkannt.

Das Amtsgericht Kassel verurteilte am 4. Januar einen 24jährigen Mann u. a. wegen Verwendens von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten.

Das Amtsgericht Mainz verurteilte am 14. Februar zwei bereits mehrfach in Erscheinung getretene Neonazis aus Frankfurt am Main wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung zu Freiheitsstrafen von neun bzw. acht Monaten. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Beschuldigten hatten am 30.

April 1983 nach einer Veranstaltung im Anwesen der als rechtsextrem bekannten Familie Müller in Mainz ein in der Nähe des Anwesens stehendes Fahrzeug beschädigt und den Fahrzeughalter mit Schüssen aus einer Gaspistole verletzt. Zwei junge Anhänger der NPD wurden am

27. März vom Landgericht Frankfurt am Main wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bzw. zu vier Wochen Dauerarrest verurteilt. Die Freiheitsstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Ein weiterer Jugendlicher wurde verwarnet. Sie hatten im Anschluß an eine NPD-Parteiveranstaltung im Juli 1983 in Frankfurt am Main zwei Türken mißhandelt und mit einem Schuß aus einer Gaspistole verletzt.

Am 10. Mai belegte das Amtsgericht Dillenburg drei jugendliche Neonazis aus Herborn wegen Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen mit Strafen zwischen 15 Monaten Jugendstrafe und drei Wochen Dauerarrest. Die Jugendstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Ihnen wurde zur Last gelegt, als Mitglieder einer *Nationalsozialistischen Wehrsportgruppe* einen Stein mit einem Drohschreiben neonazistischen Inhalts durch eine Fensterscheibe in das Asylantenwohnheim in Herborn geworfen zu haben.

Wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung verurteilte das Amtsgericht Dillenburg am 29. Mai einen ehemaligen ANS/NA-Aktivist zu einer erheblichen Geldstrafe, weil er im September 1983 einen Leserbrief mit neonazistischem Inhalt einer Zeitung zugeschickt hatte. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Limburg wurde der Angeklagte vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen und die Geldstrafe herabgesetzt.

Vom Amtsgericht Friedberg wurde am 30. November ein Rechtsextremist wegen fortgesetzter Beleidigung der Angehörigen von NS-Opfern zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten verurteilt. Der Angeklagte hatte in Flugblättern die Ermordung von Juden im sogenannten Dritten Reich als «größte Lüge der Weltgeschichte» bezeichnet.

Beurteilung

Parteien, Gruppen und Einzelpersonen des rechtsextremen Spektrums hielten insgesamt an ihrer Zielsetzung fest. Im Vordergrund der Aktivitäten stand weiterhin die Ausländerfeindlichkeit, die im Vergleich zu Antisemitismus und Antiamerikanismus an Bedeutung gewonnen hat.

Der *Nationaldemokratischen Partei* gelang es nach Jahren des Rückgangs und der Stagnation, einen, wenn auch geringen, Mitgliederzuwachs zu erzielen. Aus den

bei der *Europawahl* erzielten Stimmengewinnen läßt sich jedoch kein dauernder Trend ableiten.

Neonazistische Gruppen hatten mit internen organisatorischen und personellen Problemen zu kämpfen und mußten dadurch Mitgliederverluste hinnehmen. Die Gefahr neonazistischer Ausschreitungen besteht jedoch fort. Die ehemaligen *ANS/NA*-Mitglieder konnten nach dem Verbot, der Flucht und der Verurteilung ihres Führers nur teilweise neue Formen der Organisation finden. Das Verbot ihrer Vereinigung, in Verbindung mit begleitenden Maßnahmen der Polizei und Justiz, hat ihre Struktur weitgehend zerschlagen. Die zuständigen Behörden werden jedoch sorgfältig die Versuche ehemaliger *ANS/NA*-Mitglieder beobachten, bestehende Vereinigungen zu unterwandern und damit *Ersatzorganisationen* für die verbotene *ANS/NA* zu bilden.

Eine akute Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ging vom organisierten Rechtsextremismus nach wie vor nicht aus.

Linksextreme Bestrebungen

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* steht in der Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen *KPD*. Sie repräsentiert den an der Sowjetunion orientierten Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Erster Vorsitzender ist seit 1973 Herbert Mies. Die Zahl der *DKP*-Mitglieder liegt bei 40.000 (nach eigenen Angaben über 50.000). Das Zentralorgan der *DKP* *Unsere Zeit (UZ)* erscheint als einzige von einer politischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland herausgegebene Tageszeitung in einer Auflage von fast 25.000 Exemplaren und freitags mit einer Wochenendbeilage in einer Auflage von 48.000 Exemplaren. Zu besonderen Anlässen erscheinen *Extrablätter* in weit höheren Auflagen. Der *DKP-Parteivorstand* gibt weiterhin zweimonatlich die Zeitschrift *praxis – Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei* sowie in unregelmäßiger Folge die Zeitung *DKP-Landrevue*, den *DKP-Pressedienst* und einen *info-dienst – Informationsdienst für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen* heraus. Theoretisches Organ der *DKP* ist die Zweimonatsschrift *Marxistische Blätter*, herausgegeben vom Verlag *Marxistische Blätter GmbH* in Frankfurt am Main (Auflage über 7.000 Exemplare). Die *DKP*-nahe *Progress-Press-Agentur GmbH (PPA)* gibt einen *PPA-Tagesdienst* mit tendenziösen Analysen und Beiträgen sowie mit Berichten über die *DKP* und ihre Vorfeldorganisationen heraus.

Der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen unter Leitung von Ellen Weber, Frankfurt am Main, gehören über 5.000 Mitglieder an. Sie sind in 20 Kreisorganisationen sowie in rund 200 Orts- bzw. Stadtteil-

gruppen, Betriebsgruppen und Hochschulgruppen organisiert. Die Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Ferner veröffentlicht der *DKP*-Bezirksvorstand unter dem Titel *Denkzettel* vierteljährlich ein Mitteilungsblatt für die «Probleme fortschrittlicher Kultur und Kulturschaffender in Hessen».

Die *DKP* bekennt sich unverändert zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus und zu den Organisationsprinzipien kommunistischer Parteien. Bei einer zentralen *DKP*-Veranstaltung zum 35. Jahrestag der *DDR* am 2. Oktober in Hannover versicherte Mies, «die *DKP* vergesse keinen Augenblick, daß der Sozialismus auf deutschem Boden nicht für sich allein, sondern im Kampfbündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten existiert». Der «real existierende Sozialismus» in der *DDR* werde durch seine wirtschaftlich und sozialpolitische Beispielwirkung zu einem «immer gewichtigeren Faktor des Klassenkampfes». Zu den «Beziehungen der friedlichen Koexistenz» zwischen beiden deutschen Staaten gebe es «keine vernünftige Alternative» (*UZ* vom 4. Oktober 1984). Die *DKP* definiert «friedliche Koexistenz» als «eine Form des internationalen Klassenkampfes auf wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Ebene». Daher berührt nach ihrer Ansicht die «friedliche Koexistenz» nicht «das unveräußerliche Recht der vom Imperialismus unterdrückten Völker und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, für ihre Befreiung zu kämpfen. Sie erleichtert diesen Kampf. Sie schwächt die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus» (*DKP-Programm* S. 14).

«Unverrückbares Ziel» der *DKP* ist «der Sozialismus», wie er als «realer Sozialismus» in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft verwirklicht wor-

den sei (*DKP-Programm* S. 7, 10 und 62). Gemäß der revolutionären Strategie und Taktik Lenins soll das sozialistische Ziel über mehrere Etappen erreicht werden. Zunächst will die *DKP* das «Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse» und der bündnisbereiten «demokratischen Kräfte» verändern und eine «*Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt*» herbeiführen, die dann in eine «*antimonopolistische Demokratie*» einmünden und den Weg zum Sozialismus öffnen soll (*DKP-Programm* S. 33 und 66). Die von der *DKP* erstrebte «*sozialistische Gesellschaftsordnung*» setzt die «Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus» (*DKP-Programm* S. 59). Mit dieser Formulierung umschreibt die *DKP* die politische Organisationsform der «*Diktatur des Proletariats*», die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist (BVerfGE 5, 195). Sie will dieses Ziel durch ein breites Bündnis erreichen, dessen Kern die «*Aktionseinheit der Arbeiterklasse*» (Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern) sein soll. Es soll verhindern, daß bei der angestrebten sozialistischen Revolution die «Monopolbourgeoisie» Gewalt einsetzt, um die «gesellschaftlichen Veränderungen» abzuwenden.

In ihren Publikationen wies die *DKP* wiederholt auf die Bedeutung der Leninschen Organisationsprinzipien für eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse hin. Nur eine «im Wollen einheitliche Partei» könne auch eine «im Handeln geschlossene Partei» sein. Jegliche «*Fraktionsbildung*» sei nach Lenin unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei. Gerade die Bemühungen der *DKP* um Aktionseinheit und Bündnisse verlangten eine «ideologisch und organisatorisch einheitlich auftretende und über die Ziele des Kampfes klare Partei» (*UZ* vom 2. Januar 1985).

Die *DKP* stellte sich auf ihrem 7. Parteitag vom 6. bis 8. Januar in Nürnberg unter dem Motto «*Der Frieden muß siegen! Jetzt erst recht: Arbeitsplätze statt Raketen!*» als unverändert disziplinierte und geschlossene, der *KPD* und der *SED* treu ergebene marxistisch-leninistische Partei dar. Die Struktur der Führungsgremien hat sich im Vergleich zum 6. *DKP*-Parteitag (29. bis 31. Mai 1981) nur wenig verändert. Etwa zwei Drittel der Funktionäre sind aus der illegalen *KPD* hervorgegangen und nahezu die Hälfte hat längere Lehrgänge an *Parteischulen* in der *DDR* oder der *Sowjetunion* absolviert. Wie bei früheren Parteitagen nahmen erneut führende Funktionäre der *KPD* und *SED* als Gäste teil.

Die Bemühungen der *DKP* um Stärkung der *Friedensbewegung*, für Stopp und Abzug der US-amerikanischen Atomraketen standen im Mittelpunkt ihrer Agitation und *Bündnispolitik*. Mit der Behauptung, daß «Sozialismus und Frieden genauso zusammengehören wie Imperialismus und Krieg», richtete sie die Stoßrichtung des «*Friedenskampfes*» gegen das westliche Verteidigungsbündnis. Hauptaufgabe der *DKP*-Presse sei es, ihren Lesern die «Überlegenheit des sozialistischen Systems und die konstruktive, den Interessen aller Völker dienende Friedenspolitik der sozialistischen Staaten» bewußt zu machen (*UZ-Beilage* vom 28. April 1984, S. 9 und 31).

Die *DKP* behauptete, der «Imperialismus» wolle gegen die Sowjetunion «losschlagen» und sich aus der «historischen Defensive mit atomaren Massenvernichtungsmitteln herausbomben». Unter diesen Bedingungen sei die «wichtigste Aufgabe der politisch-ideologischen Aktivitäten der Kommunisten, alle Kräfte zu mobilisieren, um die Auslösung des atomaren Weltbrandes vom Boden der Bundesrepublik aus zu verhindern!». Die *DKP* wirke deshalb mit ihrer ganzen «Organi-

sations- und Überzeugungskraft» für die «größtmögliche Breite» der *Friedensbewegung* und eine «gleichzeitige Bündelung aller Friedensenergien auf den Punkt Raketenstopp/Raketenabzug» (UZ vom 4. Januar 1984).

Mitglieder der *DKP* und der von ihr beeinflussten Organisationen beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung des zentralen *Ostermarsches* in Hessen vom 20. bis 23. April mit einer Abschlußkundgebung in Frankfurt am Main und rund 14.000 Teilnehmern. Sprecher des *Ostermarschbüros* war der Landesgeschäftsführer der von der *DKP* beeinflussten *Deutschen Friedensunion (DFU)*. Das hessische *Ostermarschbüro* und die *Zentrale Informationsstelle Ostermarsch '84* mit bundesweiten Koordinierungsaufgaben waren in der *DFU*-Landesgeschäftsstelle in Frankfurt am Main untergebracht.

Bei den zentralen Aktionskonferenzen der *Friedensbewegung* am 11./12. Februar (1.200 Teilnehmer) und 5./6. Mai (700 Teilnehmer) in Köln waren die *DKP* und ihre Anhänger stark vertreten. In Teilbereichen mußte die *DKP* jedoch Kompromisse eingehen, um die Bündnisbreite der *Friedensbewegung* zu erhalten. So akzeptierten die Kommunisten widerstrebend eine Resolution, in der auch die «Rücknahme der sowjetischen Maßnahmen SS 22 und SS 23» gefordert wurde.

Die *DKP* beteiligte sich auch an zahlreichen Protestaktionen der *Friedensbewegung* vom 22. bis 29. September in Osthessen, die mit einer Menschenkette und einer Kundgebung am 29. September in Fulda abgeschlossen wurde. Ausgangspunkte von Aktionen gegen militärische Einrichtungen im *Fulda-Gap* waren fünf *Friedenscamps* in Alsfeld, Fulda, Gersfeld, Grebenhain und Hanau mit insgesamt rund 1.200 Personen. Unter ihnen befanden sich auch Mitglieder und Funktionäre linksextremer Organisationen. Die *DKP* hatte das *Friedenscamp* Gersfeld

zum Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gewählt und beteiligte sich von dort aus u. a. an der Besetzung der Schießbahn auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken.

Oftensichtlich blieben die ständigen Kontakte mit anderen Gruppierungen der *Friedensbewegung* nicht ohne aufweichende Wirkung auf die ideologische Festigkeit der *DKP*-Mitglieder. Herbert Mies mahnte auf einer Tagung des *DKP-Parteivorstandes*, bei aller Bereitschaft, von anderen zu lernen, «dürfen wir nicht darauf verzichten, unsere politischen, ideologischen, organisatorischen und weltanschaulichen Grundsätze zu festigen und zu verteidigen. Im Klartext: Wir haben zum Pazifismus als Friedenskraft ein positives Verhältnis. Aber wir werden damit nicht selbst zu Pazifisten» (UZ-Beilage vom 31. August 1984, S. 36).

Neben dem «*Friedenskampf*» bildete der Kampf um die Einführung der *35-Stunden-Woche* einen weiteren Schwerpunkt der *DKP*-Agitation. Die *DKP* erklärte die Unterstützung dieses gewerkschaftlichen Kampfes zur «zentralen Aufgabe» der Partei und zur «höchsten Klassenpflicht» ihrer Mitglieder (UZ vom 1. Februar 1984). Für die Mitgliederschulung in den Grundorganisationen gab der *DKP-Parteivorstand* ein Sonderheft der Schulungsbriefe mit dem Titel «*Die DKP und der Kampf um die 35-Stunden-Woche*» heraus. Darin wurde erklärt, mit der gewerkschaftlichen Kampagne für die *35-Stunden-Woche* habe «eine der bedeutendsten Klassenauseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik» begonnen. Dieser Kampf könne «ein Hebel zur Motivierung und Politisierung von Massen der Arbeiterklasse» sein. Es komme deshalb darauf an, die «ökonomischen Zusammenhänge zwischen Hochrüstung und Arbeitslosigkeit, Abrüstung und Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung» deutlich zu machen.

Während des Streiks führten die *DKP* und

ihre Nebenorganisationen zahlreiche Solidaritätsaktionen durch. Sie gaben warme Mahlzeiten und heiße Getränke an Streikposten aus, überreichten Geldspenden und Solidaritätsadressen. Mitglieder der *DKP* verbreiteten vor hessischen Betrieben die vom *DKP*-Bezirksvorstand in hoher Auflage herausgegebenen *Streikinformatoren der DKP Hessen, Extra-Ausgaben* ihrer Betriebszeitungen und der *UZ* sowie sonstige streikbezogene Flugschriften. Eine Delegation unter Leitung des Parteivorsitzenden Herbert Mies erschien am 21. Mai vor den Opel-Werken in Rüsselsheim. Auf dem Höhepunkt der Streikwelle gab Mies die Parole aus, den «Druck der Betriebe und der Straße zu verstärken» (*UZ* vom 2. Juni 1984).

Die Versuche der *DKP*, ihre Betriebsgruppen in den industriellen Großbetrieben durch Unterstützung der Arbeitskämpfe und Gründung betrieblicher Friedensinitiativen aus der Isolierung herauszuführen und sie durch Werbung neuer Mitglieder zu stärken, hatten jedoch nur geringen Erfolg. Als «spezielle Form der Aktionseinheit» trat die *DKP* bei den Betriebsratswahlen für die gewerkschaftlichen Einheitslisten ein und war bemüht, ihre Mitglieder an aussichtsreicher Stelle auf diesen Listen zu plazieren.

Die *DKP* veranstaltete am 12. Februar in Köln ihre erste bundesweite *Betriebsrätekonferenz* mit über 400 Teilnehmern. Auch diese stellte sie unter die Losung «*Der Frieden muß siegen! – Jetzt erst recht: Arbeitsplätze statt Raketen!*». Bei einer zentralen *Betriebszeitungskonferenz* der *DKP* am 10./11. November in Düsseldorf erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende Hermann Gautier, der Betrieb bleibe das «wichtigste Feld des Klassenkampfes».

Unter dem Motto «*Volksfest für Frieden und Arbeit*» fand vom 20. bis 24. Juni in

Marburg zum 14. Male die traditionelle Zeltwoche der *DKP* mit zahlreichen politischen und kulturellen Veranstaltungen statt, die wieder von über 10.000 Personen besucht wurden. Weitere Zeltveranstaltungen der *DKP* wurden vom 21. bis 23. September in Dietzenbach durchgeführt. Auf einer zentralen *Technologie-Konferenz* der *DKP* am 17. November in Gießen berieten die 300 Teilnehmer über Probleme der wissenschaftlich-technischen Entwicklung im «kapitalistischen System». Die Veranstaltung sollte die «Zusammenarbeit von Arbeiterklasse und Intelligenz in der Partei» fördern. Vom 26. November bis 1. Dezember fand an verschiedenen Orten in Hessen eine Veranstaltungsreihe der *DKP* «*Sozialismus Konkret*» mit Referenten aus der *DDR* statt. Auf einer «*Kulturpolitischen Tagung*» am 8. Dezember in Langenselbold betonte die *DKP* Hessen, sie wolle sich im «zuzuspitzenden Klassenkampf auch auf kulturellem Gebiet» verstärkt um das große Potential der «kulturellen Opposition» bemühen. Kulturpolitisch aktive *DKP*-Mitglieder sollen mit dem «schrittweisen Aufbau von Kulturarbeitskreisen» in Hessen beauftragt werden (*UZ* vom 15. Dezember 1984).

Zur Vorbereitung auf das vom 7. *DKP*-Parteitag beschlossene «*Partei-Aufgebot – Ernst Thälmann*» (Mitgliederwerbekampagne vom 1. September 1985 bis 16. April 1986) führte die *DKP* bis zum 31. August eine «*Jugendkampagne '84*» durch, bei der sie nach eigenen Angaben rund 3.000 neue Mitglieder gewonnen hat, überwiegend aus der *SDAJ* und dem *MSB Spartakus*. Im Anschluß an die Jugendkampagne begann die *DKP* am 1. September mit einer *UZ*-Werbe Kampagne, die am 31. März 1985 enden soll. In Hessen wollte die *DKP* vor allem ihren Kommunalwahlkampf mit *UZ*-Werbeaktionen verbinden.

Mit einem umfangreichen Schulungspro-

gramm setzte die *DKP* die Bemühungen fort, ihren Mitgliedern das ideologische und politische Rüstzeug für den aktuellen Klassenkampf zu vermitteln. So richtete die Bezirksorganisation Hessen ein Fernstudium für Frauen über «*Weltanschauliche und politische Grundfragen des Marxismus*» mit 50 Teilnehmerinnen ein. Ferner wurden an der *Betriebsarbeiterjahresschule* der *DKP*-Bezirksorganisation in Frankfurt am Main wiederum hessische *DKP*-Mitglieder in einjährigen Lehrgängen für ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften ausgebildet. Zahlreiche hessische *DKP*-Mitglieder nahmen an ein- und zweiwöchigen Lehrgängen an der parteieigenen *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen teil. Funktionäre der *DKP* wurden auch weiterhin in Moskau und Ost-Berlin für Führungsaufgaben geschult.

Wie in den vergangenen Jahren war die *DKP* zur Finanzierung ihres kostspieligen Parteiapparates auch 1984 auf hohe Zuschüsse aus der *DDR* angewiesen.

Zur *Europa-Wahl* am 17. Juni verzichtete die *DKP* auf eine eigenständige Kandidatur und beteiligte sich mit Kandidaten an der *Friedensliste*, die am 18. März in Bonn-Bad Godesberg unter Mitwirkung orthodoxer Kommunisten als «Personenbündnis» gegründet worden war. Die *Friedensliste* erhielt bundesweit 312.756 Stimmen (= 1,5 v. H.) und in Hessen 36.824 (= 1,5 v. H.). Die *DKP* unterstützte den Wahlkampf durch Propagandamaterial und rief ihre Mitglieder und Anhänger auf, die *Friedensliste* zu wählen.

Nebenorganisationen der *DKP*

Marxistischer Studentenbund Spartakus (*MSB*)

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB Spartakus* ist mit rund 6.000 Mitgliedern (nach

eigenen Angaben 6.500) weiterhin die mitgliederstärkste und einflußreichste linksextreme Studentenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Bundesvorsitzender ist Bernd Gäbler, Bonn, Mitglied des *DKP-Parteivorstandes*. Das *MSB*-Organ *rote blätter* erscheint monatlich in einer Auflage von etwa 15.000 Exemplaren; zu aktuellen Anlässen wurden in weit höheren Auflagen *Extra-Ausgaben* kostenlos verbreitet. In Hessen bestehen Gruppen des *MSB* an zehn Hoch- und Fachhochschulen mit unverändert 1.300 Mitgliedern.

Von Februar bis April veranstalteten die *MSB*-Gruppen «*Einführungskurse in die Politik des MSB Spartakus*». Mit dieser Kampagne sollten die beim Mitgliederwettbewerb vom April 1982 bis Dezember 1983 erworbenen 2.200 neuen Mitglieder «gemäß Lenins Devise 'Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis' mit den Grundlagen der Politik und der Weltanschauung des *MSB* vertraut gemacht und in den Verband integriert werden. Zur einheitlichen Ausrichtung der Kurse gab der *MSB-Bundesvorstand* eine Neufassung seines Schulungsleitfadens heraus.

Der *MSB*-Bundesvorsitzende Gäbler betonte in einem Thesenpapier, der Kampf gegen die Novelle des *Hochschulrahmengesetzes (HRG)* sei «Klassenkampf» und erfordere «breite Abwehrfronten». Dieser Kampf müsse zum «Kristallisationskern allgemeinen Unmuts gegen die Regierungspolitik» werden (*rote blätter* Nr. 11/84). In Hessen veranstalteten *MSB*-Gruppen Diskussionsabende zum gleichen Thema. Ferner unterstützten sie die auf Initiative der *Bundeschülervertretung (BSV)* vom 24. November bis 1. Dezember durchgeführte *Aktionswoche 'für Recht auf Arbeit und Bildung - Gemeinsam gegen Rechts'* mit einer *AD* schlußkundgebung in Wiesbaden.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die SDAJ wurde 1968 in Essen gegründet. Sie hat etwa 15.000 Mitglieder, die in über 1.000 Gruppen organisiert sind. SDAJ-Bundesvorsitzende ist seit Dezember Birgit Radow, Mitglied des DKP-Parteivorstandes. Als Sprachrohr der SDAJ erscheint monatlich das Jugendmagazin *elan* in einer Auflagenhöhe von knapp 30.000 Exemplaren. Die drei Herausgeber des Magazins gehören dem geschäftsführenden SDAJ-Bundesvorstand bzw. dem DKP-Parteivorstand an.

Der SDAJ-Landesverband Hessen hat etwa 1.600 Mitglieder, organisiert in Kreisverbänden, Orts-, Stadtteil-, Betriebs-, Schüler-, Frauen-, Ausländer-, Sport- und Kulturgruppen. Die Gruppen gaben 41 Zeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Landesvorsitzender ist Willi Herrmann, Frankfurt am Main, Mitglied des Sekretariats des DKP-Bezirksvorstandes Hessen.

In seinem Diskussionsbeitrag beim 7. Parteitag der DKP betonte der SDAJ-Vorsitzende Werner Stürmann erneut die enge Verbundenheit seiner Organisation mit der DKP, die in «gemeinsamer Politik, Weltanschauung und Aktion» bestehe (Parteitagsprotokoll S. 172). Der stellvertretende Bundesvorsitzende der SDAJ erklärte, seine Organisation kämpfe gemeinsam mit der DKP für die «Überwindung des kapitalistischen Systems und eine sozialistische Bundesrepublik». Zur Erreichung dieses Zieles erstrebe sie die «Aktionseinheit der Arbeiterjugend», deren Kernstück das gemeinsame Handeln mit «sozialdemokratisch orientierten Jugendverbänden» bleibe. Ferner strebe sie eine Zusammenarbeit mit der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) und den «grün-alternativ-beeinflußten Arbeiterjugendlichen» an (Jugendpolitische Blätter Nr. 11/84).

Auf dem 8. Bundeskongreß der SDAJ am 15. und 16. Dezember in Bottrop verabschiedeten die Delegierten ein neugefaßtes Aktionsprogramm für die Grundrechte der Jugend. Darin bekennt sich die SDAJ zur «Lehre von Marx, Engels und Lenin». Ihre Ziele stimmen mit der Programmatik der DKP überein. In den Redebeiträgen des Kongresses wurden die SDAJ-Mitglieder aufgefordert, in Gewerkschaften mitzuarbeiten, SDAJ-Gruppen in Großbetrieben zu gründen, zur Bundeswehr zu gehen und sich in den Schulen politisch zu betätigen.

Die SDAJ beteiligte sich an den Aktionen der Friedensbewegung und erklärte im Frühjahr 1984 die Kampagne «Lehrstühlen her! Arbeit statt Raketen» zum Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit.

Am 24. Mai verriegelten SDAJ-Mitglieder als Reaktion auf den Aussperrungsbeschluß der hessischen Metallindustrie die Eingänge der Zentrale des Metallarbeiter-Verbandes in Frankfurt am Main mit Ketten und Schlössern unter dem Motto: «Wer aussperrt, gehört eingesperrt». Das DKP-Zentralorgan berichtete über diese «spontane und beherzte Aktion» unter der Überschrift «Bosse kurzzeitig eingesperrt» (UZ vom 29. Mai 1984). Bei einer ähnlichen Aktion hatten Mitglieder der SDAJ bereits am 9. April in Wiesbaden den Eingang zum Bundesverband Druck e. V. zugemauert.

Ferner unterstützte die SDAJ den Ostermarsch '84 sowie die weiteren Aktionen der Friedensbewegung, organisierte gemeinsam mit den Jungen Pionieren vom 9. bis 10. Juni in Frankfurt am Main ihr traditionelles Pfingstcamp mit Sport, Spiel, Musik und Diskussionsveranstaltungen und mobilisierte ihre Mitglieder für die Teilnahme an der «Aktionswoche 'Für das Recht auf Arbeit und Bildung – Gemeinsam gegen rechts».

Junge Pioniere (JP)

Die sozialistische Kinderorganisation *Junge Pioniere* wurde 1974 in Bottrop gegründet. Ihr gehören Kinder im Alter zwischen sechs und 14 Jahren an, ferner Jugendliche und Erwachsene, die den Verband oder einzelne Gruppen leiten, unterstützen oder fördern. Sie hat etwa 4.000 Mitglieder, die in zwölf Landesverbänden organisiert sind. Bundesvorsitzender ist Achim Krooß, Mitglied der *DKP* und des geschäftsführenden *SDAJ-Bundesvorstandes*. Die *Bundesleitung* gibt monatlich die zentrale Kinderzeitung *pionier* in einer Auflagenhöhe von 7.000 Exemplaren und ein *Pionierleiter-Info* heraus. Der 1976 gegründete Landesverband Hessen besteht aus rund 50 aktiven *JP*-Gruppen mit etwa 500 Mitgliedern. Vorsitzende des Landesverbandes Hessen ist seit Anfang des Jahres das *DKP*-Mitglied Doris Schmidt, Marburg.

Die *DKP* erklärte auf ihrem 7. Parteitag: «Die Sozialistische Kinderorganisation *Junge Pioniere* hat bewiesen, daß es möglich ist, massenhaft Kinder anzusprechen, sie auf kindgemäße Weise mit fortschrittlichen Ideen vertraut zu machen und sie als *Junge Pioniere* zu gewinnen» (*Parteitagprotokoll* S. 590).

Die *Jungen Pioniere* sehen als ihre Aufgabe an, «die Kinder selbst in die Aktionen für ihre Rechte einzubeziehen und ihnen zu zeigen, wer die Verantwortlichen und Kinderfeinde in diesem Land sind, wie man sich gemeinsam wehren kann und welchen Zusammenhang es zwischen kinderfeindlichen Maßnahmen und der Hochrüstungspolitik gibt» (*UZ* vom 30. Januar 1985).

Am 1. September begannen die *Jungen Pioniere* einen Wettbewerb zur Gewinnung neuer Mitglieder. Erklärtes Ziel war, bis zur 5. Bundeskonferenz Anfang März 1985 500 neue *JP*-Gruppen zu gründen.

Angebiglich wurden bis Dezember 1984 bereits 300 neue Gruppen gebildet.

Vom 28. Juli bis 13. August führten die *Jungen Pioniere* mit Hilfe der *DKP* erneut preisgünstige Kinderferienfahrten in die *DDR* durch, an denen etwa 350 Kinder aus Hessen teilnahmen. Geworben wurde hierfür mit Flugblättern, Werbeschriften, Nachbarschaftsbriefen, durch Anzeigen in Tageszeitungen sowie bei Kinderfesten und Hausbesuchen. Die Reisen stehen unter dem Motto «*Wir fahren in ein kinderfreundliches Land*» und sollen bei den Kindern Sympathie für den «realen Sozialismus» wecken.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)

Das *IMSF* als gesellschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der *DKP* wurde im November 1968 in Frankfurt am Main gegründet. Es will mit seinen Forschungsarbeiten und deren Veröffentlichung der «*Arbeiterklasse*» in der Bundesrepublik Deutschland das theoretische Rüstzeug für den «praktischen Klassenkampf» liefern. Leiter des Instituts ist Dr. Heinz Jung, Mitglied des *DKP-Parteivorstandes*. Anlässlich seines 15-jährigen Bestehens gab sich das *IMSF* im Dezember 1983 einen «*wissenschaftlichen Beirat*», dem 17 überwiegend kommunistische Wissenschaftler angehören, darunter zwei Mitglieder des *DKP-Parteivorstandes*. Das *IMSF* arbeitet eng mit den *Instituten für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin* und beim *ZK der KPdSU in Moskau* sowie mit zahlreichen weiteren Instituten ähnlicher Aufgabenteilung zusammen.

In Frankfurt am Main veranstaltete das *IMSF* am 19. Mai ein Kolloquium zum Thema «*Marxismus, Staat und Recht heute*» und am 2. Juni eine Diskussionsveranstaltung über Alternativen zum Wett-

rüsten. Vom 24. bis 30. Juni fand in Bonn eine *Marxistische Studienwoche des IMSF* statt und vom 1. bis 6. Oktober erstmals eine weitere *Marxistische Woche* in Salzburg. Auf einer wissenschaftlichen Tagung des *IMSF* am 10./11. November in Mörfelden diskutierten etwa 250 Teilnehmer in drei Arbeitsgruppen über das Thema «*Situation und Perspektiven der bundesdeutschen Gewerkschaften*».

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus* – wurde 1969 als Dachorganisation der orthodox-kommunistisch orientierten *Bildungsgemeinschaften* gegründet. Bundesvorsitzender der *MAB* ist ein Mitglied des *DKP-Parteivorstandes*. Die etwa 60 örtlichen *MAB-Gemeinschaften* in der Bundesrepublik Deutschland sollen vor allem politisch Interessierte, die nicht der *DKP* angehören, mit dem «*wissenschaftlichen Sozialismus*» bekanntmachen. Knapp ein Viertel der *Bildungsgemeinschaften* boten als *Marxistische Abendschulen (MASCH)* mehrwöchige Schulungskurse zum Marxismus-Leninismus an. Sie arbeiteten hierbei eng mit den Parteiorganisationen der *DKP* zusammen.

Auf der *Zentralen Konferenz für Parteibildung* der *DKP* am 24. März in Bochum erklärte ein Sekretär des *DKP-Parteivorstandes*: «Mehr Unterstützung sollten wir der Tätigkeit der *Marxistischen Arbeiterbildung*, ihren Zirkel- und Vortragsveranstaltungen zukommen lassen. Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus trägt auch dann zur Stärkung der *DKP* bei, wenn sie von einer *marxistischen Bildungsgemeinschaft* und nicht von der Partei selbst durchgeführt wird. Das ergibt sich daraus, daß die marxistische Parteitheorie untrennbarer Bestandteil des wissenschaftlichen Sozialismus ist» (*UZ-Beilage* vom 12. April 1984, S. 24).

DKP-beeinflußte Organisationen

Die *DKP* setzte ihre Bemühungen fort, durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Parteien und Kräften zu einer Massenbasis für ihre Nahziele und zu größerem politischen Einfluß zu gelangen. Sie stützt sich dabei auf etwa 50 regional und überregional tätige Organisationen und Initiativen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, tatsächlich aber erheblich von der *DKP* beeinflußt werden. Oft sind nur wenige Schlüssel-funktionen in den Leitungsgremien – vor allem im organisatorischen Bereich – mit Mitgliedern der *DKP* besetzt, deren Wirken im Sinne der *DKP-Bündnispolitik* von der demokratischen Mehrheit nicht erkannt oder aber toleriert wird. Die *DKP* will weder, daß die von ihr beeinflußten Organisationen offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, noch daß die in diesen Organisationen tätigen Kommunisten als *DKP-Mitglieder* bekannt werden. Absicht der *DKP* ist es, über solche Organisationen Forderungen zu erheben, die für sich betrachtet nicht gegen die Verfassung verstoßen, aber mit kommunistischen Teilzielen übereinstimmen oder kommunistischen Interessen dienen. Die Arbeit der von der *DKP* beeinflußten Organisationen ist am wirksamsten, wenn der kommunistische Einfluß von den Zielgruppen nicht erkannt wird.

Die wichtigsten *DKP-beeinflußten* Organisationen sind:

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die *DFU* wurde 1960 in Stuttgart auf kommunistisches Betreiben als *Volksfront-Partei* gegründet. Sie spielte weiterhin eine Schlüsselrolle in der kommunistischen *Bündnispolitik*. Der *DFU* gehören rund 1.000 Mitglieder an, die in zehn Landesverbänden organisiert sind. An der

Spitze der Organisation steht ein siebenköpfiges *Direktorium*. In Hessen verfügt die *DFU* über nur noch zwei aktive Bezirksverbände mit insgesamt 150 Mitgliedern. Landesvorsitzender ist Heinz-Joachim Nagel, Gießen.

Auf ihrem außerordentlichen Unionstag am 31. Mai in Essen beschloß die *DFU* eine Satzungsänderung und gab ihren Status als Partei auf. Sie will ihre Ziele künftig nur noch als politische Vereinigung verfolgen. Das *DFU*-Direktoriumsmitglied Lorenz Knorr erklärte, die *DFU* trete mit diesem Unionstag in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein. Ihre Arbeit als «bündnisfördernde Kraft» habe sich bewährt und werde verstärkt fortgeführt. Sie werde ihre Kraft vor allem auf die «Stärkung, Einigung und Qualifizierung der Bewegung für Frieden und Abrüstung, für soziale und demokratische Erneuerung» konzentrieren. Die *DFU* orientierte ihre Aktivitäten schwerpunktmäßig auf die *Friedensbewegung* und war an der Gründung der *Friedensliste* zur *Europawahl* mit großem Engagement beteiligt.

Die Landesgeschäftsstelle der *DFU* in Frankfurt am Main ist Sitz des *Frankfurter Friedenstreff*, ein Zusammenschluß Frankfurter Friedensorganisationen, des *Ostermarschbüros* und Kontaktanschrift der *Friedensliste*. Der *DFU*-Landesgeschäftsführer zeichnete auch verantwortlich für die Spendenkonten der *Friedensliste* und des *Ostermarschbüros*. Ferner wurden die vorbereitenden Gespräche zur Gründung der *Friedensliste* und zur Durchführung des *Ostermarsches* im wesentlichen über ihn koordiniert.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das *KFAZ* wurde unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen 1974 in Bad Godesberg gegrün-

det. Es diene als ein Instrument der kommunistischen Einflußnahme auf die Koordinierung und Durchführung von Aktionen der *Friedensbewegung*. Repräsentiert und angeleitet wird das *KFAZ* durch die *Geschäftsführung* und das *Büro* des *KFAZ*. Von den 16 *Büro*-Mitgliedern gehören neun dem sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat* an. Das *Komitee* verfügt weder über eine Satzung noch über feste Organisationsstrukturen. Nach eigenen Angaben stützt es sich auf «Hunderte von örtlichen Komitees und Initiativen». In Hessen bestehen elf regionale Komitees.

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Die 1947 gegründete *VVN* steht nach wie vor unter maßgeblichem kommunistischen Einfluß. 1971 fügte sie ihrem Namen den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu, um auch die jüngere Generation anzusprechen. Die *VVN-BdA* gliedert sich in zehn Landesverbände und verfügt auf Bundesebene über etwa 13.000 Mitglieder. Weitere fünf Verbände sind ihr korporativ angeschlossen. Präsident der Vereinigung ist Dr. Josef C. Rossaint, Düsseldorf. Der *VVN-BdA*-Landesverband Hessen hat etwa 1.600 Mitglieder, die in 13 Kreisvereinigungen und in Ortsgruppen organisiert sind. Landesvorsitzender ist Prof. Dr. Jürgen Redhardt, Gießen.

Die *VVN-BdA* präsentiert sich ebenfalls als Teil der *Friedensbewegung*. Sie bezeichnet es als ihre Aufgaben, die historische Erfahrung und die Lehren des antifaschistischen Kampfes in die Bewegung einzubringen.

Seit Januar erscheint monatlich eine vom *Präsidium* der *VVN-BdA* herausgegebene Mitgliederzeitung *Antifaschistische Rundschau*. Verantwortlich zeichnet Kurt Erle-

bach, Generalsekretär der *VVN-BdA* und Mitglied des *DKP-Parteivorstandes*. Die Redakteure sind ebenfalls Mitglieder der *DKP*. Die Zeitung will mithelfen, «neue Kräfte für die antifaschistische Bewegung zu gewinnen», gegen den «Abbau demokratischer Rechte, gegen Rechtsentwicklung, Militarismus, Revanchismus und Ausländerfeindlichkeit wirken» und den «Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Kriegsvorbereitung» darzulegen (*Antifaschistische Rundschau* Nr. 0/Dezember 1983).

Die hessischen *VVN-BdA*-Gruppen beteiligten sich an den Aktionen zum «2. nationalen Widerstandstag» anlässlich des 51. Jahrestages der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar, an der Protestdemonstration gegen das Treffen ehemaliger Angehöriger der *Waffen-SS* am 31. März in Oberaula sowie an Aktionen der *Friedensbewegung* und gegen „Berufsverbote“.

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Die *DFI* wurde 1975 in Bonn mit Unterstützung der *DKP* gegründet. Zentrales Leitungsgremium ist ein aus 33 Frauen bestehender *Zentraler Arbeitskreis*, der zwischen den *Bundeskongressen* der *DFI* die Arbeit koordiniert und die Initiative in der Öffentlichkeit vertritt. In diesem Gremium sind Kommunistinnen und Funktionärinnen *DKP*-beeinflusster Organisationen in entscheidenden Funktionen tätig. Der *Zentrale Arbeitskreis* gibt die Zeitschrift *Wir Frauen* heraus. Im Bundesgebiet bestehen 120 Ortsgruppen der *DFI*, davon in Hessen 15.

Die *DFI* verabschiedete auf ihrer Bundeskonferenz am 2./3. Juni in Köln ein Arbeits- und Aktionsprogramm. Darin wird u. a. Stopp und Zurücknahme der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen, keine Einbeziehung der Frauen in die

Bundeswehr, *35-Stunden-Woche* bei vollem Lohnausgleich und Streichung des § 218 gefordert.

DFI und *DKP* führten zum *Internationalen Frauentag* (8. März) zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen durch. In Hessen fanden 20 Veranstaltungen mit bis zu 200 Teilnehmern statt.

Neue Linke

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die maoistisch orientierte *MLPD* wurde 1982 gegründet. Ihr Vorläufer war der *Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD)*. Die Partei bekennt sich nach wie vor zu dem von ihrem 1. Parteitag im Juni 1982 beschlossenen *Grundsatzprogramm* und *Statut*. Für sie stellen die «Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung» sowie die «Verteidigung der Idee der Großen Proletarischen Kulturrevolution» die entscheidenden Grundlagen für «die Entstehung einer neuen kommunistischen Weltbewegung» dar. Sie «versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin». Durch den «revolutionären Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten» will sie die «*Diktatur des Proletariats*» errichten.

Die *MLPD* ist mit etwa 1.000 Mitgliedern weiterhin die mitgliederstärkste Partei der *Neuen Linken*. Sie ist bundesweit in elf Bezirken mit über 80 Ortsgruppen und Stützpunkten organisiert. Parteivorsitzender ist Stefan Engel. Die Parteizentrale befindet sich in Essen. Das Zentralorgan *Rote Fahne* erscheint wöchentlich mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren im *Verlag Neuer Weg GmbH*, Stuttgart.

Nebenorganisationen sind der *Revolutionäre Jugendverband Deutschlands (RJVD)* mit dem Organ *Rebell*, der *Marxistisch-Leninistische Schüler- und Studentenverband (MLSV)* mit dem Organ *Roter Pfeil* und der *Marxistisch-Leninistische Bund Intellektueller (MLBI)* mit zusammen etwa 350 Mitgliedern. *MLSV* und *MLBI* nannten sich bis Ende 1983 *Kommunistische Studentengruppe* und *Bund Kommunistischer Intellektueller*.

Die *MLPD* bemühte sich, durch eine «*Selbstkritik-Kampagne*» die eingetretene Stagnation in der Parteiarbeit zu überwinden. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren die Teilnahme an Betriebsratswahlen und der Kampf um die *35-Stunden-Woche*. Sie beteiligte sich an den Kommunalwahlen in Gelsenkirchen (399 Stimmen) und Stuttgart (489 Stimmen). Bei der *Wahl zum Europaparlament* am 17. Juni rief die *MLPD* dazu auf, die Stimmzettel ungültig zu machen. Um ihre finanzielle Situation zu verbessern, leitete sie erneut eine Spendenkampagne ein, die zum 2. Parteitag 1985 abgeschlossen werden soll.

In Hessen hat die *MLPD* weiterhin weniger als 100 Mitglieder. Sie sind in vier Ortsgruppen (Frankfurt am Main, Kassel, Darmstadt und Gießen) und zwei Stützpunkten zusammengefaßt; in drei Betrieben erschienen Betriebszeitungen. Die Aktivitäten der hessischen *MLPD*-Mitglieder beschränkten sich auf die Teilnahme an überregionalen Umweltschutzveranstaltungen und Friedensaktionen; darüber hinaus waren sie zur Unterstützung des *MLPD*-Kommunalwahlkampfes in Nordrhein-Westfalen eingesetzt.

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)

Die *KPD*, älteste Partei der *Neuen Linken*, wurde 1968 als *KPD/ML* gegründet. Sie bekennt sich zu den «Lehren von Marx,

Engels, Lenin und Stalin» und will nach einer «gewaltsamen sozialistischen Revolution die kapitalistische Ausbeuterordnung in Ost- und Westdeutschland» zerschlagen, die «*Diktatur des Proletariats*» errichten und «ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland» aufbauen. Die *KPD* unterhält enge Verbindungen zur *Partei der Arbeit Albaniens*, die sie als ihr politisches Vorbild betrachtet.

Die Partei hat weiterhin etwa 400 Mitglieder. Parteivorsitzender ist Horst-Dieter Koch. Die Parteizentrale befindet sich in Dortmund. Das *KPD*-Zentralorgan *Roter Morgen* erscheint wöchentlich in einer Auflage von 6.000 Exemplaren. Als theoretisches Organ gibt die *KPD* die *Kommunistischen Hefte* heraus.

Nebenorganisationen sind die *Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD)* mit dem Organ *Roter Rebell*, die *Kommunistischen Studenten (KS)* mit dem Organ *Zwischen Studenten (KS)* mit dem Organ *Zwischenruf Links*, die *Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten (RGO)* mit dem Organ *RGO-Nachrichten*, die *Volksfront gegen RGO-Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)* mit dem Organ *Volksecho* sowie die Rechts- und Hafthilfeorganisation *Rote Hilfe Deutschlands e. V. (RHD)* mit dem Organ *Die Rote Hilfe*.

Die *KPD* versuchte, ihre Verbindungen zu anderen Organisationen der *Neuen Linken* auszubauen, um eine einheitliche Organisation *revolutionäre Sozialisten* zu errichten. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen kandidierte sie nur in Dortmund; sie errang 131 Stimmen.

In Hessen stagnierte die *Parteiarbeit*. Die etwa 80–100 Mitglieder waren weiterhin in den Ortsgruppen Frankfurt am Main und Darmstadt organisiert. Darüber hinaus existierten einige «*Stützpunkte*».

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Der 1973 gegründete *KBW* mit Sitz in Frankfurt am Main verstand sich seit 1983 nicht mehr als Partei im Sinne des Parteiengesetzes, sondern nur noch als «Verein».

Politische Aktivitäten gingen vom *KBW* nicht mehr aus. Die Mitgliederversammlungen befaßten sich überwiegend mit den Fragen einer Auflösung sowie der Liquidation des erheblichen Vermögens. Im Februar 1985 löste er sich als politische Organisation auf.

Kommunistischer Bund (KB)

Der *KB* wurde 1971 mit Sitz in Hamburg gegründet. Er bekennt sich zum «Marxismus-Leninismus» und versteht sich als eigenständige revolutionäre Organisation, der bundesweit etwa 400 Mitglieder angehören. Als Zentralorgan gibt der *KB* die Monatszeitung *Arbeiterkampf* (Auflage: 4.500 Exemplare) heraus. In Hessen unterhält der *KB* nur noch zwei Kontaktstellen; besondere Aktivitäten gingen hiervon nicht aus.

Trotzkistische Gruppen

Dem organisierten *Trotzkismus* ist eine Vielzahl von Gruppen und Zusammenschlüssen zuzurechnen. Ihr gemeinsames Ziel ist es, den Kapitalismus abzuschaffen und über die permanente Revolution die erstrebte «Diktatur des Proletariats» in Form von *Rätesystemen* zu erreichen. In Hessen waren nur aktiv die *Gruppe Internationale Marxisten (GIM)*, deutsche Sektion der IV. Internationale mit Sitz in Frankfurt am Main, *Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)* mit Sitz in Essen und *Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)* mit Sitz in Frankfurt am Main. Die größte dieser Gruppen ist die *GIM*. Sie hat

bundesweit etwa 250 Mitglieder. Ihr Zentralorgan *was tun* erscheint in einer Auflagenhöhe von etwa 2.200 Exemplaren.

Autonome und anarchistische Gruppen

Die *undogmatische Neue Linke* konnte ihre Perspektivlosigkeit nicht überwinden. Jedoch fand eine Umgruppierung statt. Ein Teil der Anhänger schloß sich den *Autonomen* an oder bildete neue Gruppen. Der übrige Teil wandte sich entweder dem anarchistischen Lager, d. h. den *Anarchosyndikalisten* und den *Gewaltfreien Aktionsgruppen* innerhalb der *Graswurzelbewegung*, oder demokratischen Organisationen zu.

Die *autonomen Gruppen* treten für die Zerschlagung des bestehenden Systems ein und wollen Freiräume für ihre eigene Existenz schaffen. Den herkömmlichen kommunistischen Ideologien stehen sie ablehnend gegenüber. Als ihr Endziel betrachten sie die Autonomie in einer herrschaftslosen Gesellschaft. Sie bevorzugen lose, kleine Zusammenschlüsse. Für den Informationsaustausch und die Abstimmung vor größeren Aktionen bilden sie sogenannte *Autonome Plenen* oder räteähnliche Gremien. Ihr Selbstverständnis ließ keine überörtlichen Führungsstrukturen zu. Sie zeigten bei Auseinandersetzungen mit der Polizei wie auch bei Sabotagehandlungen erhebliche Militanz und näherten sich teilweise den Konzepten terroristischer Gruppen. In Hessen traten sie als «*Mönchbruch Liberation Armee*» (*MLA*), «*Jim Knopf und die wilde 13 – Kommando Süd*», «*Revolutionäre Anarchistische Zellen*» (*RAZ*), «*Sägende Zellen*», «*Autonome Startbahngegner*», «*Betonierende Zellen*», «*Partisanen der Nacht*», «*Schraubende Zellen*» sowie «*Proletarische Zellen*» auf.

Unter den *anarcho-syndikalistischen* Zusammenschlüssen war die *Freie Arbeiter*

Union (FAU) die bedeutendste. Sie propagiert die Errichtung der Anarchie und will die «herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft». Zur Durchsetzung ihrer Ziele will sie sich aller Mittel der «Direkten Aktion, wie z. B. Fabrikbesetzungen, Boykotts, Streiks etc.» bedienen. Die *FAU* befindet sich in ihrer Aufbauphase. Sie verfügt bereits in zahlreichen Städten der Bundesrepublik über Ortsgruppen. In Hessen ist sie in Frankfurt am Main, Wiesbaden, Darmstadt und Dieburg vertreten. Das Sprachrohr der *FAU* ist die monatliche Schrift *direkte aktion*.

Die anarchistische *Graswurzelbewegung*, deren Sprecherin die *Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA)* ist, tritt für die Abschaffung des mit Gewaltmitteln ausgestatteten Staatsapparates ein, um eine «gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft» aufzubauen. Sie wirbt für eine gewaltfreie Revolution und will «Aufklärungskampagnen, Aktivierung der Bevölkerung, Boykott, direkte gewaltfreie Aktionen, Blockaden, Verweigerungsaktionen, zivilen Ungehorsam» zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele benutzen. Der Bewegung dürften bundesweit 900 bis 1.000 Anhänger in über 80 Ortsgruppen und Initiativen zuzurechnen sein. Kommunikationsorgan ist die *Graswurzelrevolution - Freiheitliche Sozialistische Zeitschrift*. Ihre Auflage beträgt 4.000; Sonderausgaben erscheinen bis zu einer Höhe von 10.000 Exemplaren. In Hessen verfügt die *FÖGA* über Kollektive und Kontaktadressen.

Dem *autonomen* und *anarchistischen* Spektrum sind in Hessen etwa 1.200 Personen zuzurechnen. Sie sind in der Lage, je nach Aktionsanlaß weitere 1.500 Personen zu mobilisieren. Das gewaltbereite Potential dürfte bei 300 bis 500 Personen liegen. Die Schwerpunkte der Tätigkeit dieser Gruppen waren gegen die NATO-Nachrüstung (Mutlangen, Hildesheim,

Fulda-Gap), gegen den Ausbau der Kernenergie (Lüchow-Dannenberg, Hanau) sowie erneut gegen die Inbetriebnahme der *Startbahn West* des Rhein-Main-Flughafens gerichtet.

Bei den Aktionen gegen die *Startbahn West* kam es, auch nach ihrer Inbetriebnahme, bei über 40 sogenannten «*Sonntagsspaziergängen*» immer wieder zu massiven Auseinandersetzungen mit der Polizei. Aus bis zu 300 Personen zählenden Gruppen wurde die Polizei mit Stahlkugeln, Steinen, Feuerwerkskörpern und *Molotowcocktails* angegriffen. Darüber hinaus waren der Sicherheitszaun, Wildschutzzäune, Flutlichtmasten, Strommasten der RWE sowie Baufahrzeuge der am Bau der *Startbahn* beteiligten Firmen Ziele von Anschlägen; zum Teil entstanden dabei hohe Sachschäden. Unter der Überschrift «Und immer wieder die *Startbahn*» schreibt ein «*Autonomio*» in der Zeitschrift *Radikal* Nr. 128:

«die praxis des immer wieder 'rausgehen, anschleichen, angreifen, zurückziehen, wiederkehren' im wechsell von sonntäglichen kaffee & kuchen, diskutieren, lachen, weinen, um die mauer ziehen, bullen anmachen, austrixen, eingekreist, geprügelt, vertrieben werden - drückt eine perspektive als unmittelbares gefühl aus, oft so wenig aber doch so viel wie das tägliche leben: es ist unser ausdruck des unversöhnlichen widerspruchs zu einem teil des herrschenden machtparates. diese einstellung haben wir, chaoten, bürger, autonome, anarchisten ... und wie wir alle heißen, gemeinsam. geboren und gewachsen aus der fülle der erfahrungen des aufbegehrens, widerstand, rebellion, politischer arbeit, seitdem wir zusammengekommen sind, unse sache in die eigene hand zu nehmen.»

Bei den Herbstaktionen der *Friedensbewegung* vom 22. bis 29. September in

Osthessen (*Fulda-Gap*) unternahmen *Autonome* von den *Friedenscamps* aus in Kleingruppentaktik zahlreiche Einzelaktionen gegen militärische Einrichtungen (Farbschmierereien, Zerstechen von Fahrzeugreifen, Zubetonieren von Sprengschächten).

Auch nach einer Demonstration gegen die Nuklearbetriebe in Hanau-Wolfgang am 15. Dezember mit etwa 4.000 Teilnehmern wurden militanten Gruppen gewalttätig. Sie bewarfen Polizei- und Objektschutzkräfte überfallartig mit Schotter- und Pflastersteinen sowie *Molotowcocktails* und beschossen sie mit Leuchtraketen. 15 Polizeibeamte wurden verletzt.

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

Linksextreme Gruppen erlangten in den Studentenparlamenten der hessischen Universitäten und Hochschulen 26 von insgesamt 157 Sitzen (1983: 60). Während bei den Gruppen der *Neuen Linken* (*Undogmatische Linke, Sozialistische Hochschulinitiative*) die Sitzanteile von 41 auf 6 zurückgingen, konnten die Hochschulgruppen der *Orthodoxen Linken* (*MSB-Spartakus, Sozialistischer Hochschulbund*) ihre Mandate von 19 auf 20 mit Schwerpunkten Marburg und Kassel erhöhen. Der starke Rückgang im Bereich der *Neuen Linken* ist darauf zurückzuführen, daß sich ihr zuzurechnende Hochschulgruppen auflösten.

Die politisch aktivste Hochschulorganisation war weiterhin die revolutionär-marxistische Vereinigung *Marxistische Gruppe* (*MG*), die sich jedoch wie schon früher nicht mit eigenen Listen an den Hochschulwahlen beteiligte. Die seit etwa 1977 bestehende Organisation ist aus den *Roten Zellen* entstanden. Sie hat ihre Schwerpunkte in Bayern, Bremen, Hamburg und Hessen und etwa 1.500 Mitglie-

der. Darüber hinaus verfügt sie über mehrere tausend Anhänger in sogenannten *Sympathisantenplenaren*. Bei der Gruppe handelt es sich um eine Kaderorganisation mit strenger Disziplin der Mitglieder. Sie schirmt ihr Verbandsleben nach außen ab und arbeitet verdeckt. Politische Grundsatzdokumente hat die *MG* bisher nicht veröffentlicht. In ihren Publikationen diffamiert sie jedoch den demokratischen Staat, den sie durch die sozialistische Revolution beseitigen will. Als Publikation gab die *MG* 1984 in teilweise hoher Auflage die *MSZ - Marxistische Zeitung gegen die Kosten der Freiheit*, die *Marxistische Arbeiterzeitung* (*MAZ*), die *Marxistische Hochschulzeitung* und die *Marxistische Schulzeitung* heraus.

An den mehr als 40 öffentlichen Veranstaltungen der *MG* in Hessen nahmen bis zu 700 Personen teil. Zu der von ihr angemeldeten Demonstration *«Der Krieg des freien Westens in Nicaragua»* am 15. Dezember in Frankfurt am Main kamen etwa 1.600 Personen.

Linksextremer Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die *RAF* konnte die personellen und materiellen Verluste der Jahre 1982 und 1983 schneller als erwartet ausgleichen. Im Sommer mußte sie allerdings noch einmal Rückschläge hinnehmen. Die Polizei nahm am 21. Juni in der Nähe von Esslingen nach einem Schußwechsel Manuela Happe und am 2. Juli in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt am Main die vier mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen Terroristen Helmut Pohl, Stefan Frey, Christa Eckes und Ingrid Jakobsmeyer sowie zwei weitere Personen fest. Die Festnahme erfolgte aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung. In der Unterkunft wurden Waffen und umfangreiches Schriftmaterial, darunter ein so-

genanntes Strategiepapier der RAF vom April 1984, sichergestellt. Die Unterlagen gaben Aufschlüsse über eine Vielzahl von Personen und Objekten, mit denen sich die RAF beschäftigt hatte. Außerdem wurden konzeptionelle Überlegungen erkennbar.

Die Erfolge der Sicherheitsbehörden haben Mitglieder des Umfeldes der RAF nicht davon abgehalten, in den Untergrund zu gehen, um sich der Kerngruppe anzuschließen. Diese zählt zur Zeit mindestens 15 Personen. Unter den zehn neuen mutmaßlichen Terroristen, gegen die Haftbefehle erlassen wurden, befinden sich auch vier, die in Hessen gewohnt hatten.

Mitglieder der RAF sind verdächtig, bei einem bewaffneten Raubüberfall auf die Städtische Sparkasse in Würzburg am 26. März 171.000 DM erbeutet und bei einem weiteren Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf bei Ludwigshafen am 5. November 22 großkalibrige Faustfeuerwaffen und zwei Repetiergewehre geraubt zu haben.

Für das Ende des Jahres hatte die RAF eine «antiimperialistische Front» und eine Offensive auf den Ebenen der Illegalen, Unterstützer und Inhaftierten vorgesehen. Mit Hilfe der Offensive sollte der Kampf gegen die Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel fortgesetzt werden, das «System zu kippen». Formen sollten «militärische Angriffe» des «Kommandos» aus dem Untergrund, militante Aktionen des terroristischen Umfeldes sowie ein Hungerstreik der inhaftierten Terroristen sein.

Der Hungerstreik begann am 4. Dezember, nachdem Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt in ihrem Strafprozeß eine entsprechende Erklärung abgegeben hatten. An ihm beteiligten sich über 30 Häftlinge, jedoch nicht alle terroristischen Gewalttäter.

Der Hungerstreik wurde von zahlreichen Brand- und Sprengstoffanschlägen mit zum Teil erheblichem Sachschaden begleitet, die ihn unterstützen sollten. Die RAF selbst zeichnete mit dem «Kommando Jan Raspe» verantwortlich für einen versuchten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember. Nach der dazu veröffentlichten Selbstbezeichnung war es Ziel der Aktion, «die Militärs dort direkt auszuschalten».

Die übrigen Gewalttaten waren weitgehend dem Unterstützerebereich der RAF zuzuschreiben, darunter Sprengstoffanschläge auf das regionale Rechenzentrum in Reutlingen am 25. Dezember, auf eine Baracke der US-Streitkräfte in Düsselndorf am 30. Dezember und auf ein Gebäude der französischen Botschaft in Bonn am 31. Dezember sowie ein Brandanschlag auf eine Lagerhalle der Firma Siemens in Frankfurt am Main am 17. Dezember und ein versuchter Sprengstoffanschlag auf ein Firmengebäude der AEG in Mühlheim/Ruhr am 23. Dezember.

Alle zu den Anschlägen eingegangenen Tatbekenntnisse bezogen sich auf den Hungerstreik. Dabei ging es jedoch nicht so sehr um eine Verbesserung der Haftbedingungen der einsitzenden Terroristen, sondern um den Kampf gegen den «Imperialismus». Die Anschläge sollten die «revolutionäre Linke» zur Bildung einer «antiimperialistischen Front» in Westeuropa motivieren, um der sich angeblich in den NATO-Staaten abzeichnenden verschärften Repression eine wirksame «Gegenmacht» entgegenzusetzen. In Erklärungen wurde wiederholt auf die «Guerilla in Westeuropa» hingewiesen. Die RAF wollte damit offensichtlich die Solidarität mit Untergrundkräften in anderen Ländern herstellen und bei ausländischen Gruppen eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei Aktionen herbeiführen.

Diese Zusammenarbeit mit ausländischen Terroristen zeigte sich z. B. bei der Verwendung von Sprengstoff, der am 4. Juni in Belgien gestohlen worden war. Er wurde sowohl bei dem versuchten RAF-Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau als auch bei einem ebenfalls fehlgeschlagenen Anschlag auf ein Gebäude der *Westeuropäischen Union* in Paris am 23. August durch die *action directe* verwandt. Selbstbezeichnungen zu anderen Anschlägen im westeuropäischen Ausland enthielten Solidaritätsbekundungen für die RAF.

Am 1. Februar 1985 wurde der Vorstandsvorsitzende der Firma MTU in München, Dr. Ernst Zimmermann, ermordet. Der Tat bezichtigte sich ein *RAF-Kommando*. Danach wurde der Hungerstreik abgebrochen.

Aufgabe des die *Kerngruppe* der RAF unterstützenden *Umfeldes* war es früher hauptsächlich, die Ziele und Aktionen der RAF der Öffentlichkeit zu vermitteln und Häftlinge zu betreuen. In den letzten Jahren sind die *Unterstützer* dazu übergegangen, auch Anschläge zu verüben. In Hessen beging das *RAF-Umfeld* Brand- und Sprengstoffanschläge. Dazu zählten Sprengstoffanschläge auf eine Filiale der Deutschen Bank am 4. Juni und auf eine Filiale der französischen Bank Credit Lyonnais am 10. Oktober sowie der bereits erwähnte Brandanschlag auf eine Lagerhalle der Firma Siemens am 17. Dezember, alle in Frankfurt am Main.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Die RZ führten weiterhin Sprengstoffanschläge auf Ziele durch, bei denen sie davon gingen, daß die Aktionen der Öffentlichkeit vermittelbar seien. Die Anschläge richteten sich vor allem gegen Rüstungs- und Computerfirmen. Jedoch ging ihre Zahl bundesweit von 27 im Jahre 1983 auf 13 weiterhin zurück.

In Hessen waren den RZ keine Anschläge zuzurechnen.

Sonstige terroristische Aktionen

In Kassel wurden seit Jahren durch unbekannte Täter 24 Brand- und Sprengstoffanschläge verübt. Sie verursachten bisher einen Gesamtschaden von rund 600.000 DM. Soweit Tatbekenntnisse vorlagen, wurde in ihnen «antiimperialistischer Widerstand» gegen «Kassels Multi-Fillialen, Rüstungsbetriebe, Banken u. a.» angekündigt und die Zusammenlegung der «politischen Gefangenen» zu «interaktionsfähigen Gruppen» gefordert.

1984 erfolgten Sprengstoffanschläge auf das Regierungspräsidium, den Verkaufsausstellungsraum eines Kasseler Autohauses und die Gesamthochschule Kassel. Zu diesen Anschlägen gab es keine Bekenntnisse. Im Falle der Gesamthochschule Kassel wies die am Tatort angebrachte Parole «7. Jahrestag, 18. 10. 1977» (Todestag der RAF-Mitglieder Baader, Ensslin und Raspe) auf einen linksextremen Hintergrund hin.

Beurteilung

Die DKP und ihre Nebenorganisationen behaupteten ihre Stellung als bedeutendste und handlungsfähigste linksextreme Gruppierung. Der angestrebte Durchbruch bei der Mitgliederwerbung blieb jedoch aus. Weder das Engagement in der *Friedensbewegung* noch die Zerfallserscheinungen unter den Gruppen der *Neuen Linken* brachten den erhofften Zulauf.

Mit ihrer Konzentration auf die Kampagnen gegen die NATO-Nachrüstung und für die Einführung der *35-Stunden-Woche* versuchte die DKP, ihre Bündnisfähigkeit zu verbreitern. Dabei erlitt sie aber auch Rückschläge und mußte Kom-

promisse eingehen. Das von der *DKP* als Erfolg ihrer *Bündnispolitik* gewertete magerere Wahlergebnis der *Friedensliste* zur *Europawahl* zeigte erneut, daß die außerparlamentarische Protestbewegung in einem *DKP*-beeinflußten Wahlbündnis keine politische Alternative sieht.

Die den prosovjetschen Kommunismus ablehnenden marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Organisationen der *Neuen Linken* konnten keine neuen politischen Perspektiven entwickeln. Sie waren überwiegend mit ihren organisatorischen Problemen beschäftigt und traten nach außen kaum noch in Erscheinung.

Die *autonomen* und *anarchistischen* Gruppierungen neigten bei ihren Aktionen verstärkt zu Militanz, die sich auch in terroristischen Anschlägen ausdrückte. Innerhalb dieser Bewegung wird über Wege zu einer «Neubestimmung radikaler Politik» diskutiert.

Im Hochschulbereich agitierte die *Marxistische Gruppe* bei zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen. Sie zeigte sich als straff geführte und teilweise konspirativ arbeitende Organisation. Die Zerfallserscheinungen der Gruppen der *Neuen Linken* spiegelten sich auch bei den Studentenparlamentswahlen wider, wo sie erhebliche Stimmen- und Sitzverluste hinnehmen mußten.

Die *RAF* hat ihre personelle Schwächung durch die Verhaftung von sieben Mitgliedern offensichtlich durch Neuzugänge aus dem Kreis der *Unterstützer* ausgleichen können. Dieser Umstand zeigt, daß es in diesem Bereich eine Reihe von Personen gibt, die ungeachtet der Aussichtslosigkeit ihrer politisch motivierten utopischen Zielsetzungen bereit sind, den *Kernbereich* der *RAF* bei Ausfällen aufzufrischen. Es muß deshalb mit weiteren Terroranschlägen gerechnet werden. Besonders die Bemühungen der *RAF* um die Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppierungen in anderen Ländern bereiten den Sicherheitsbehörden Sorge.

Die Zahl der von *Revolutionären Zellen* verübten Anschläge ist weiter zurückgegangen.

Eine akute Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ging weder von Gruppierungen des orthodoxen Kommunismus und der extremen *Neuen Linken* noch von linksterroristischen Vereinigungen aus. Die Anschläge terroristischer Kleingruppen bedeuten jedoch eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit, der weiterhin durch höchste Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane und der Bevölkerung entgegengewirkt werden muß.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Türken

Die Aktivitäten extremer türkischer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland haben weiter nachgelassen. In Erscheinung traten vor allem linksextreme Gruppen wie die von der *Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)* gesteuerte Vereinigung *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)* mit bundesweit etwa 1.600 Mitgliedern und die orthodox-kommunistisch beeinflusste *Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (FIDEF)* mit schätzungsweise 6.000 Mitgliedern.

Am 2. Januar wurde von der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Köln die Hauptverhandlung gegen zehn türkische Staatsangehörige eröffnet, die am 3. und 4. November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln besetzt und über 60 Geiseln genommen hatten. Die Angeklagten waren Anhänger der am 9. Februar 1983 vom Bundesminister des Innern verbotenen türkischen Extremistenorganisation der Neuen Linken *Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)*. Der Prozeß wurde bis zur Urteilsverkündung von Tumulten, tätlichen Auseinandersetzungen und anderen Ausschreitungen begleitet, für die Anhänger linksextremer deutscher und türkischer Gruppierungen sowie Personen des deutschen terroristischen *Umfeldes* verantwortlich waren. Die Konsulatsbesetzer erhielten am 3. April Freiheitsstrafen zwischen vier Jahren und vier Jahren und sechs Monaten.

Ein Hungerstreik von Häftlingen in türkischen Gefängnissen löste im ersten Halbjahr eine Welle von Protesten linksextremer türkischer Gruppen im Bundesgebiet aus. Höhepunkt der Aktionen war

ein vom *Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei* initiiertes internationaler Sternmarsch zum *Europaparlament* nach Straßburg. Ausgangspunkt in Deutschland war Düsseldorf. In Hessen beteiligten sich bis zu 100 Personen an dem Marsch. Die Solidaritätsveranstaltungen setzten sich von Mai bis Juli mit insgesamt 13 Protestkundgebungen allein vor dem türkischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main fort. Bis zu 50 Personen, darunter auch Deutsche des *terroristischen Umfeldes*, zeigten u. a. folgende Transparente: «Die BRD als Komplize des US-Militärregimes foltert und mordet mit in der Türkei» sowie «Verhindern wir die Hinrichtungen in der Türkei – Solidarität mit allen politischen Gefangenen in den NATO-Gefängnissen».

«Gegen Folter und Hinrichtungen in der Türkei» richteten sich auch zwei Demonstrationen am 19. Juli und 27. Oktober in Frankfurt am Main mit jeweils etwa 100 Teilnehmern.

Unter der Überschrift «Auf zum Kampf! Auf zum Streik!» veröffentlichte die von der *ATIF* abgespaltene *Bolsevik Partizan (ATIF/BP)* im Mai eine deutschsprachige Mitteilung, in der erklärt wurde, der Kampf für die *35-Stunden-Woche* sei so zu führen, «daß er der Vorbereitung der Revolution dient». Jetzt sei es Aufgabe aller Arbeiter, sich mit «Fabrikbesetzungen zur Wehr zu setzen». An anderer Stelle werden SPD, CDU, CSU und FDP als Parteien des «westdeutschen Imperialismus» bezeichnet, die sich «im Innern ständig faschistisierend und nach außen ständig mehr aggressiver auftrete». Die Arbeitslosigkeit könne nur überwunden werden, «indem man diesen Staat mit der proletarischen Revolution zerschlägt».

Der Mitgliederschwund der extrem nationalistischen *Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Euro-*

pa e. V. (*ADÜTDF*) mit Sitz in Frankfurt am Main, die das Gedankengut der in der Türkei verbotenen *Partei der Nationalen Bewegung (MHP)* vertritt, setzte sich fort. Die Gesamtstärke des Dachverbandes dürfte bundesweit noch etwa 10.000 Mitglieder betragen, davon in Hessen etwa 800. Die Mitgliedervereine der *ADÜTDF* beschränkten sich auf interne Veranstaltungen. Diese wurden wiederholt von türkischen und deutschen Linksextremisten gestört.

Das Gedankengut der in der Türkei verbotenen und aufgelösten extrem-islamischen *Nationalen Heilspartei (MSP)* wird in der Bundesrepublik Deutschland von der Organisation *Islamische Union Europa e. V.* mit ihrem Jugendverband *Islamische Welt Jugendorganisation (D.I.G.T.)* vertreten. Die Union, die unter den islamischen extremen Organisationen in der Bundesrepublik eine Vorrangstellung einnimmt, lehnt das Werk Atatürks ab und will den Grundsatz des Laizismus in der Türkei durch eine islamische Theokratie nach dem Vorbild Khomeinis ersetzen. Ihre Agitation ist von religiösem Fanatismus geprägt und zeigt zum Teil antisemitischen Charakter. In ihrem Organ *Avrupa da Hicret* ruft sie u. a. zum «bewaffneten Aufstand der Moslems in der Welt» auf und bezeichnet das jüdische Volk als «Erzfeind», das «ehrlos, von Gott verflucht, Quelle der Zwietracht und Verdorbenheit, von Haß und Neid» sowie eine «Schande der Menschheit» sei. «Bei jedem Gebet» – so heißt es weiter – «verfluchen wir den Juden. Tod dem amerikanischen Imperialismus, dem Zionismus und dem aggressiven Regime Israels...».

Die Aktionen extremer kurdischer Organisationen richteten sich im wesentlichen gegen die Behandlung ihrer Volksgruppe in der Türkei.

So organisierte die orthodox-kommunistische *Föderation der patriotischen Arbei-*

ter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland (FEYKA-Kurdistan), ein Zusammenschluß der *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)* mit gleichgesinnten Organisationen und etwa 650 Mitgliedern, am 24. April einen Sternmarsch von Hannover und Hanau nach Bonn. In verschiedenen Städten fanden politische Veranstaltungen mit 30 bis 60 Personen und Flugblattverteilungen statt.

Am 7. August wurde in Rüsselsheim der ehemalige Funktionär der *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)*, Zülfü Gök, in seinem Pkw von einem Landsmann erschossen. Die Ermittlungen deuten darauf hin, daß Gök im Auftrag der *PKK* ermordet wurde. In Schweden war zuvor am 20. Juni der ehemalige Leiter der *PKK*, der in Opposition zu seiner Organisation stand, von einem mutmaßlichen Parteimitglied ermordet worden. Die *PKK* hat sich in einer Publikation selbst «der Bestrafung eines Provokateurs in Schweden» und anderer «Bestrafungsaktionen» bezichtigt.

Iraner

Im Bereich des iranischen Extremismus im Bundesgebiet stieg die Zahl der Gewaltaktionen auf zehn (1983: vier) an. Ursächlich hierfür dürfte die Zunahme ideologischer Differenzen zwischen den verschiedenen extremen iranischen Gruppen sein.

Am 26. April drang eine Gruppe von etwa 15 Iranern in das Büro der *Iran-Air* in Frankfurt am Main ein, um gegen «Krieg, Massenmord und Hinrichtung» im Heimatland zu protestieren. Hierbei wurden der Büroleiter und ein Angestellter verletzt. Während der Aktion verteilten zwei Iraner vor dem Büro Flugblätter der *Iranischen Studentenorganisation in der BRD und West-Berlin – Sympathisanten der Guerillaorganisation Volksfedajin Iran*

(O.I.P.F.G.). Ähnliche Besetzungsaktionen fanden zur gleichen Zeit in Den Haag, London und Paris statt. Am 5. Juni war das *Iran-Air*-Büro in Frankfurt am Main wieder Ziel eines Anschlages. Unbekannte legten einen Brand, bei dem ein Sachschaden von etwa 50.000 DM entstand. Ein anonymer Anrufer erklärte, daß Angehörige der bis dahin unbekanntem Organisation *Fedajin der kaiserlichen iranischen Monarchie* verantwortlich seien.

Der Zoll im Frankfurter Flughafen stellte am 8. September ein Paket Broschüren in persischer Sprache mit dem Titel *«Explosionswissenschaften»* sicher. Sie enthielten Anleitungen für die Herstellung und Handhabung von Bomben und Sprengstoffen. Die Sendung war vermutlich für ein Mitglied der O.I.P.F.G. bestimmt.

Palästinenser

Angesichts der Spaltung der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* bemühten sich die in der Bundesrepublik mehrheitlich von der Arafat-treuen *Fatah* gesteuerten Vereinigungen *Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV)* und *Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PSV)* um die Vorbereitung überörtlicher Kongresse, die die Leitlinien für die zukünftige politische Arbeit beschließen sollten. Wegen tiefgreifender Divergenzen zwischen Anhängern und Gegnern der Politik Arafats kamen die Kongresse jedoch nicht zustande.

Jugoslawen

Die Aktivitäten der extremen jugoslawischen Emigrantenorganisationen sind stark zurückgegangen. Gründe hierfür sind die Verunsicherung der Regimegegner durch Aktivitäten des jugoslawischen

Geheimdienstes, die Zerstrittenheit unter Mitgliedern einzelner Organisationen, vor allem im kroatischen Bereich, und Resignation nach Jahren des erfolglosen Kampfes.

Am 13. Juni fällt das Landgericht Frankfurt am Main die Urteile gegen zwei Jugoslawen, die überführt worden waren, aus politischen Gründen am 14. Mai 1981 auf den Schatzmeister der Organisation *Nationaldemokratische Liga der albanischen Treue*, Rasim Zenelaj, in Frankfurt am Main einen Mordanschlag verübt zu haben, bei dem er eine Querschnittslähmung erlitt. Die Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen von 13 bzw. sieben Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Beurteilung

Im Bundesgebiet waren mit Stand vom 30. September 1984 4.363.600 Ausländer registriert. Nur etwa 2,5 v. H. sind in extremen politischen Vereinigungen organisiert. In Hessen ist dieser Prozentsatz noch geringer (etwa 1,5 v. H.). Der Rückgang der Aktivitäten extremer ausländischer Organisationen hat sich fortgesetzt.

Die Protest- und Solidaritätsaktionen linksextremer türkischer und kurdischer Gruppierungen gegen die politischen Verhältnisse in ihrem Heimatland ebten gegen Ende des Jahres ab. Die extrem nationalistische *Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)*, die zahlreiche Mitglieder verlor und öffentlich kaum in Erscheinung trat, befürchtet einen weiteren Mitgliederrückgang.

Die anhaltende Krise der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* im Nahen Osten wirkte sich lähmend auf die palästinensischen Organisationen im

Bundesgebiet aus. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Auseinandersetzungen zwischen Arafat-Anhängern und seinen von Syrien beeinflussten Gegnern verschärfen werden.

Dagegen nehmen im Bereich des irani-

schen Extremismus die Gewaltaktionen wieder zu.

Alle anderen extremen ausländischen Gruppierungen beschränkten ihre Aktivitäten auf interne Zusammenkünfte.

Spionageabwehr

Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten

Besonderes Aufklärungsziel der östlichen Geheimdienste bleibt der Technologievorsprung der westlichen Industrienationen. Dabei gilt das Interesse vor allem Informationen über solche Produkte, die als Embargogüter deklariert sind und deshalb nicht in den Ostblock ausgeführt werden dürfen. In erster Linie handelt es sich um militärisch nutzbare Technologie sowie Erzeugnisse der Bereiche Computertechnik, Mikroelektronik, Kernenergiewirtschaft, Laser-, Meß- und Regeltechnik, Luft- und Raumfahrttechnik und Chemie, insbesondere der Petrochemie.

In Hessen standen neben der militärischen Aufklärung die Ausspähung von Nuklearbetrieben und Unternehmen der Fahrzeugbauindustrie im Vordergrund.

Der Anteil der politischen Spionage blieb mit etwa einem Drittel aller erkannten Aktivitäten hoch. Dabei richteten sich Ausforschungsbemühungen kommunistischer Geheimdienste auch gegen die in der Bundesrepublik Deutschland existierenden Emigrantenorganisationen.

Die gegnerischen Geheimdienste verstärkten ihre Bemühungen, die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland auszuspähen.

Werbungsanlässe und -methodik

Die Methoden zur Anwerbung von Agenten durch östliche Geheimdienste haben sich nur unwesentlich verändert. Zielgruppen nachrichtendienstlicher Werbungsversuche blieben neben Angehörigen

der Streitkräfte und des öffentlichen Dienstes fast alle Berufsgruppen, aber auch Studenten und Auszubildende. Sowohl diese letzte Zielgruppe als auch die für alle Berufsgruppen erkennbare Altersstruktur geben eindeutige Hinweise auf die Absichten, vermehrt solche Personen zu werben, die auf lange Sicht interessante berufliche Perspektiven erwarten lassen.

An der Spitze liegen weiterhin Anbahnungsversuche, die im Zusammenhang mit Reisen in oder durch den kommunistischen Machtbereich stehen. Da die Erfassung der Einreisenden durch die Visaanträge lückenlos möglich ist, können die kommunistischen Geheimdienste für sie interessante Personen auswählen und zu einem günstig erscheinenden Zeitpunkt ansprechen. Dabei werden nicht selten Situationen herbeigeführt, die den Reisenden in eine Zwangslage bringen sollen.

Vom tschechoslowakischen Geheimdienst ist bekannt, daß er ausgebildete Agentinnen in vorbereiteten Hotels auf abenteuersuchende Reisende aus dem Westen gezielt ansetzt. Abhöranlagen und versteckte Kameras liefern die entsprechenden Beweise.

Der Angestellte O., Angehöriger des öffentlichen Dienstes, wurde anlässlich eines Verwandtenbesuches in Prag in einem Hotelrestaurant von einem Bediensteten des Hotels sowie einer ihm nicht näher bekannten Frau in ein Gespräch verwickelt; dabei wurde kräftig dem Alkohol zugesprochen. Am nächsten Vormittag holte die Polizei O. ab; auf der Wache wurde ihm ein verbotener sexueller Kontakt zu weiblichen Bediensteten im Hotel vorgeworfen. O. kam in Haft. Um sich aus dieser Situation zu befreien, unterzeichnete er folgende Verpflichtungserklärung:
«Ich verpflichte mich, für den CSSR-Nachrichtendienst Informationen aus

meinem näheren Arbeitsbereich zu beschaffen.»

Daraufhin durfte er ausreisen. In der Bundesrepublik Deutschland offenbarte O. den Vorfall dem zuständigen Landesamt für Verfassungsschutz. Hierdurch blieb er straffrei.

Wie verwandtschaftliche Beziehungen ausgenutzt werden, zeigt folgendes Beispiel:

Der Polizeibeamte J. reiste mehrere Jahre unbehelligt zu Verwandtenbesuchen in die DDR. Der dortige Nachrichtendienst zwang die Verwandten, einen Kontakt zwischen ihm und einem seiner Bediensteten herzustellen. Dieser gab dem Beamten zu verstehen, daß ihm möglicherweise eine weitere Einreise nicht gestattet würde, falls er sich nicht zu einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit bereit erkläre. Um nicht auf die Verwandtenbesuche verzichten zu müssen, ging der Beamte zum Schein darauf ein und erhielt darauf nachrichtendienstliche Aufträge, die sich auf seinen Dienstbereich bezogen.

Nach der Rückkehr informierte er den Verfassungsschutz über das Vorkommnis.

Auch die Verletzung der Vorschriften über die Benutzung der *Transitstrecke* nach Westberlin waren mehrfach Anlaß für geheimdienstliche Ansprachen.

Der Transportunternehmer A. wurde in Ostberlin wegen eines Zollvergehens mit einer Strafe von mehreren Tausend Deutsche Mark belegt. Er hatte beim Passieren der *Transitstrecke* einem Bürger der DDR ein Elektrogerät übergeben. Damit schien der Vorfall erledigt. Bei einem seiner nächsten Besuche in Ostberlin erinnerten ihn Mitarbeiter des DDR-Nachrichtendienstes an dieses Vorkommnis. Sie forderten ihn unverblümt zur geheimdienstlichen Mitarbeit auf und boten

ihm neben finanziellen Anreizen für künftige Fälle die «großzügige Auslegung» von Zollbestimmungen an. Da A. befürchtete, bei einer Ablehnung die *Transitstrecke* nicht mehr benutzen zu dürfen, ging er auf das Angebot ein.

Im übrigen kommunistischen Machtbereich sind in erster Linie Berufsreisende, vorwiegend des mittleren Managements, Werbungsversuchen ausgesetzt.

Der Mitarbeiter eines hessischen Wirtschaftsunternehmens war im Rahmen einer beruflichen Reise in die UdSSR vom sowjetischen Geheimdienst angesprochen worden. Der Mitarbeiter des Dienstes gab sich als Angehöriger einer Finanzbehörde aus und hielt dem Bundesbürger angebliche Verstöße gegen Devisenbestimmungen vor. Unter der Zusicherung, den Vorfall vergessen zu wollen, forderte er Fachinformationen aus dem Unternehmen und Auskünfte über Arbeitskollegen. Der Betroffene verließ sofort die UdSSR und offenbarte den Werbungsversuch den Sicherheitsbehörden.

Ein beachtlicher Teil der erkannten Werbungsversuche kommunistischer Geheimdienste galt Bürgern des eigenen Machtbereichs. Übersiedlungsbemühungen, verwandtschaftliche Beziehungen, berufliche oder private Reisen sind die hauptsächlichlichen Anlässe.

Besonders das *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* versucht, Übersiedlungswillige zur Mitarbeit zu zwingen. Die meisten Angesprochenen gehen eine Verpflichtung zum Schein ein und offenbarten sich nach der Übersiedlung den Verfassungsschutzbehörden. Sofern sie dies umfassend tun, entstehen für sie keine nachteiligen Folgen.

Ein geringer Teil der Anwerbungsversuche spielte sich innerhalb der Bundesre-

publik Deutschland ab. Nachdem früher die Kontaktaufnahmen durch Brief oder Telefon im Vordergrund standen, registriert die Spionageabwehr nunmehr vermehrt Werbungsversuche durch unmittelbare Ansprachen. Am aktivsten sind hierbei die DDR-Geheimdienste, deren Mitarbeiter keine sprachlichen Barrieren zu überwinden haben. Sie benutzen das große Reservoir an «Reisekadern», die neben ihrem offiziellen Auftrag wissenschaftlicher oder wirtschaftlicher Art nachrichtendienstliche Aufgaben wahrnehmen. Eine weitere Gruppe sind Mitarbeiter des MfS, die bereits getarnt einreisen.

Ein derartiger Agent suchte die Bekanntschaft von Studenten unter der Legende, daß er im Auftrag einer hessischen Universität eine Arbeit über den Abbruch von Studiengängen zu fertigen habe. Auf Grund der Aufmerksamkeit angesprochener Studenten konnte der Agent gefaßt werden.

Führungsmethodik

Die Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs setzten trotz einiger gravierender Rückschläge weiterhin auf ihr herkömmliches Führungs- und Verbindungssystem. Es besteht im wesentlichen aus konspirativen Zusammenkünften zwischen Agent und Führungsoffizier, aus dem chiffrierten Verkehr über Agentenfunk sowie aus dem Informationstransport mit Hilfe von Kurieren oder der Post an sogenannte Deckadressen oder über «tote Briefkästen».

Der Treffort für persönliche Zusammenkünfte liegt in der Regel innerhalb des östlichen Machtbereichs, wobei die Abwicklung in Hotels oder einer konspirativen Wohnung erfolgt. Dabei handelt es sich häufig um privat genutzte Wohnungen, meist in Mehrfamilienhäusern. Bei Personen mit qualifiziertem beruflichen Zugang

oder in exponierter Stellung finden die Treffen in der Bundesrepublik Deutschland oder im neutralen Ausland statt.

Besondere Bedeutung kommt bei nachrichtendienstlichen Operationen den *legalen Residenturen* zu. Hierzu zählen neben Botschaften auch Staatshandelsunternehmen, Luftfahrtgesellschaften, Reisebüros sowie Firmen mit östlicher Kapitalbeteiligung, die auch Personal aus dem kommunistischen Machtbereich einsetzen.

Unpersönliche Führungsmittel sind Deckadresse und Funkverkehr. Als Deckadressen werden Anschriften von Privatpersonen verwandt, die den Nachrichtendiensten ihres Landes verpflichtet sind. Der Agent im Westen benutzt falsche Absenderangaben. Die eigentliche Information wird textverschlüsselt oder im Geheimschreibverfahren weitergegeben.

Der schnellen Übermittlung von Nachrichten dient der Agentenfunk. Seine eigentliche Bedeutung liegt im Einsatz in Krisenzeiten, wenn Grenzen nicht mehr passierbar und andere Verbindungen abgeschnitten sind.

Beurteilung

Die Bundesrepublik Deutschland bietet als geteiltes Land an der Nahtstelle der Machtblöcke NATO und *Warschauer Pakt* den östlichen Geheimdiensten besonders günstige Voraussetzungen für die Spionage. Die Feststellungen der Abwehrbehörden weisen auf eine unverändert hohe Bedrohung hin. Im Vordergrund der Interessen standen weiterhin die modernen Technologien. Basis der meisten Werbungsversuche gegenüber Bundesbürgern bleibt der Reiseverkehr in die Ostblockstaaten.

Die subtilen Methoden der Geheimdienste des kommunistischen Machtbereichs

erfordern die Mithilfe des einzelnen Bürgers, um die Spionageabwehr in die Lage zu versetzen, wirksame Maßnahmen dagegen zu entwickeln. Jeder Verdacht eines Werbungsversuchs sollte dem Landesamt für Verfassungsschutz mitgeteilt werden.

Auch wer bereits in geheimdienstliche Aktivitäten verstrickt ist, sollte daran denken, daß er sich nur durch eine freiwillige Offenbarung gegenüber den zuständigen Behörden aus seiner Zwangslage lösen kann. Der Verfassungsschutz bietet seine Hilfe an.